II.

Friedrich II und der Beginn des siebenjährigen Krieges.

Von

Theodor Bernhardt.

Die Frage, ob Friedrich II im Jahre 1756 wirklich durch die Lage der Dinge gezwungen gewesen sei, seinen Gegnern zuvorkommend den ersten Schritt zum Kriege zu thun, oder ob er, das Glück und Gedeihen Europas mit frevelhaftem Sinne geringschätzend, einen Kampf entzündet habe, welcher ohne seinen Einfall in Sachsen nie zum Ausbruche gekommen wäre, ist häufig und mit Lebhaftigkeit erörtert worden. Hat es doch schon kurze Zeit nach Friedrichs Tode sogar der in seine Politik tief eingeweihte Minister Hertzberg — der Verfasser jener berühmten Rechtfertigungsschrift für den Angriff auf Sachsen, die Friedrich auf Grund der in Dresden vorhandenen Originaldepeschen anfertigen ließ — nicht verschmäht, Bedenken gegen die damalige Handlungsweise des Königs zu äußern. Zwar kann er nicht in Abrede stellen, daß feindselige Entwürfe gegen Friedrich vorhanden waren; allein sie seien nur eventueller Natur gewesen, hätten nur unter der Voraussetzung gelten sollen, daß der preußische König selbst zum Kriege Veranlassung gebe. Und aus diesem Grunde bleibe es immer zweifelhaft, ob diese Pläne je zur Ausführung gekommen, ob es überhaupt gefahrdrohender gewesen, ihre Entwickelung abzuwarten oder derselben zuvorzukommen *). Der Grund zu solchen Aeußerungen

*) Nouveaux Mémoires de l'académie royale. Année 1785. (Berlin 1787.) p. 333 f.

liegt nicht fern; die politischen Conjuncturen und Bestrebungen sind andere geworden, es bahnt sich ein anderes Verhältniß Preußens zu Oesterreich an, und da ist Hertzberg Hofmann genug, um in der Herabsetzung der Politik Friedrichs II an den Tag zu legen, daß er nunmehr der Rathgeber Friedrich Wilhelms II, der Vertreter seiner politischen Neigungen sei. Dem Beispiele Hertzbergs sind seitdem viele gefolgt; auch sie haben von einem politischen Standpunkte aus, welcher mit den Ideen Friedrichs II nicht übereinkommt, sein Verhalten mehr oder weniger scharf getadelt. In den jüngsten Tagen ist die Frage mehr als je mitten in die Parteiungen hineingezogen worden; jene Vorwürfe wider Friedrich gehen in dem Gewande des deutschen Vaterlandsgefühles einher, setzen das Bekenntniß „das ganze Deutschland soll es sein“ der angeblich durch Friedrich gerade im siebenjährigen Kriege zur endlichen Geltung geführten Trennung von Preußen und Deutschland entgegen. Wo es politische Meinungen zu bekämpfen gilt, da hat die Wissenschaft eine schwere Aufgabe; die einmal in der Doctrin Befangenen wird sie kaum zu überzeugen vermögen, wohl aber das weitere Umsichgreifen falscher Auffassungen verhüten können und müssen. Trotz entgegenstehender Ausführungen ist aber die eben bezeichnete Ansicht bis zu dieser Stunde nicht verstummt; und es wird sich daher empfehlen, die Untersuchung noch einmal aufzugreifen, um wenigstens für den, der sich nicht grundsätzlich verschließt, den Beweis zu liefern, daß die Behauptung, als laste auf Friedrich II die vornehmlichste Verantwortung wegen jenes siebenjährigen Kampfes deutscher Stämme wider einander, nicht stichhaltig ist.

Noch immer liegt hier freilich vieles im Dunkeln und harrt der Aufklärung namentlich aus den bis jetzt verschlossenen Schätzen des Wiener Archives. Wesentlich neues Material zur Entscheidung der vorliegenden Frage ist in der jüngsten geschichtlichen Literatur nicht zu Tage gekommen; und es sind daher noch überall Lücken in unserer Kenntniß der diplomatischen Verhältnisse in den Jahren unmittelbar vor dem Ausbruche des siebenjährigen Krieges vorhanden. So manches für die innere Geschichte Frankreichs und des französischen Hofes interessante die eben jetzt erscheinenden Memoiren des Herzogs von Luynes auch bieten mögen, auf den Gang der europäischen Politik werfen die sehr weitschichtigen Aufzeichnungen nur ein äußerst spärliches

Licht. Von Arneths Buch über Maria Theresia, das in den beiden bis jetzt erschienenen Bänden indeß nur die ersten Regierungsjahre der Beherrscherin Oesterreichs umfaßt, darf man dagegen manche Aufklärung erwarten. Denn dem Verfasser steht in Wien ein reicher archivalischer Stoff zu Gebote; freilich wird man die Art, wie er denselben verwerthet hat, überall sehr sorgfältig prüfen müssen, da bis jetzt wenigstens ein einseitig österreichischer Standpunkt sehr merklich in dem Buche zu Tage kommt. Wie lückenhaft nun aber vorläufig auch noch das Material ist, die Frage, auf die es mir hier ankommt, läßt sich gleichwohl in völlig concludenter Weise beantworten. Zu diesem Behufe wird es vornehmlich auf den Nachweis ankommen, daß Maria Theresia von der Friedensliebe, welche man ihr von gewisser Seite her mit Vorliebe zuschreibt, sehr weit entfernt war, daß sich vielmehr ihr ganzes Sinnen und Trachten seit manchem Jahre darauf richtete, eine Gelegenheit zur Wiedereroberung Schlesiens zu finden, während umgekehrt die Politik Friedrichs II zu jener Zeit wesentlich friedlichen Charakters gewesen ist. Von vornherein, das wird man nicht in Abrede stellen wollen, läßt es sich gar nicht anders erwarten. Maria Theresia ist die gekränkte, die in ihrem Besitze geschmälerte; wer will sich wundern, wenn sie auf Vergeltung des an ihr begangenen Unrechtes sinnt? Denn wenn wir auch heute bei vorurtheilsloser Erwägung in dem damaligen Gange der Dinge eine geschichtliche Nothwendigkeit erkennen, so versteht es sich doch von selbst, daß Maria Theresia auch nach dem dresdener Frieden das Gefühl erlittenen Unrechtes bewahrte. Der König von Preußen befand sich in der entgegengesetzten Lage; was er hatte anstreben müssen, war erreicht, und Friedrich ist sicherlich klug genug gewesen, um zu ermessen, daß ein neuer Krieg mit Oesterreich ihm höchstens Gefahren und Nachtheile, schwerlich aber einen erheblichen Machtzuwachs bringen werde. Wenn also das Sachverhältniß sich wirklich als ein solches erweis't, daß Maria Theresia auf den Krieg sann, Friedrich II aber der Friede am Herzen lag, so wird man weder dort zu tadeln, noch hier edele, hochherzige Motive zu suchen berechtigt sein; es ist vielmehr auf beiden Seiten nur das Interesse, welches die Wünsche und Entschließungen eingegeben hat. Gelegentlich hat Friedrich selbst dieß offen bekannt, wie ein Bericht Mitchells, des englischen Gesandten am preu-

ßischen Hofe, über eine Unterredung, welche er am 27. August 1756 mit Friedrich gehabt hat, darthut; der König äußerte nämlich bei dieser Gelegenheit, daß er nicht einmal im Falle des Erfolges etwas gewinnen könne, mithin beides, sowohl Neigung als Nutzen, ihn den Frieden selbst dann werde wünschen lassen, wenn er bereits ins Feld gezogen sei *).

Um nun meine Auffassung hinsichtlich der damaligen Wünsche und Absichten Maria Theresias zu begründen, wird es erforderlich sein, sich die politischen Bestrebungen Oesterreichs, die Verhältnisse dieses Staates zu den europäischen Großmächten seit dem aachener Frieden, ja noch weiter zurückgreifend, bis zum Jahre 1746 zu vergegenwärtigen.

Der aachener Friede hat schon in seiner Zeit vielfältige Mißbilligung und Verurtheilung erfahren. Bekannt ist der Ausspruch Friedrichs II über denselben, dem zufolge man auf der einen Seite zwar den Brand, welcher Europa entzündete, gelöscht, auf der anderen aber brennbare Stoffe genug sich hat anhäufen lassen, um bei dem ersten Anlasse das Feuer wieder emporlodern zu sehen **). Und damit stimmt es vollkommen überein, wenn im Hinblicke auf den Frieden des Jahres 1748 gegen den damals mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs betrauten Minister Puysieux der Vorwurf der Unvorsichtigkeit erhoben worden ist ***). Solche Urtheile beziehen sich vor allen Dingen darauf, daß die Streitigkeiten zwischen England und Frankreich in ihren überseeischen Besitzungen nicht zum Austrage gebracht sondern Specialcommissionen vorbehalten worden sind. Diese Lücken der aachener Friedensbestimmungen hat auch die parlamentarische Opposition in England, die Partei von Leicester House, wiederholt zum Gegenstande ihrer Angriffe gemacht. Allein Pelham konnte zur Rechtfertigung gegen solche Einwendungen auf ein ähnliches Verfahren bei früheren Friedensschlüssen hinweisen. An und für sich waren die streitigen Punkte auch von der Art, daß sie in gewöhnlichen Verhältnissen keinen neuen Krieg erregt haben

*) v. Raumer, Beiträge zur neueren Geschichte II 393.

**) Histoire de la guerre de sept ans. Ch. II.

***) **Flassan**, Histoire de la diplomatie française (1re éd.) VI 11.

würden, wohl aber hätte man bei dem einmal allgemein vorhandenen Mißtrauen und Uebelwollen der Mächte gegen einander eine derartige Folge derselben voraussehen sollen. Und insofern durfte der aachener Friede mit Recht als ein sehr ungenügender betrachtet werden, nicht als ein Ausdruck dafür, daß die politische Entwickelung aus sich selbst heraus zu einer friedlichen geworden, sondern nur als ein Zeichen der materiellen Erschöpfung, welche der österreichische Erbfolgekrieg allen betheiligten Mächten gebracht hatte. Daß es ein Friedensschluß lediglich aus Schwäche war, tritt auch in den geringen Ergebnissen zu Tage, welche trotz der großen Anstrengungen des vorangegangenen Krieges erzielt wurden, und die in nichts anderem bestanden, als in der Versorgung eines spanischen Infanten und der erneuten Garantie der pragmatischen Sanction sowie der Bürgschaft Europas für den preußischen Besitz in Schlesien.

Und wenn die Staatsmänner mit Recht mißtrauisch waren, so grollten wenigstens theilweise auch die Völker. In Frankreich und besonders in Paris erregte es heftigen Unwillen, rief es gehässige Schmähschriften hervor, als man die Regierung trotz mancher erfolgreichen Waffenthat zu dem Statusquo vor dem Kriege zurückkehren sah. Für die Franzosen lag allerdings ein besonderer Grund zu solcher Mißstimmung vor; denn eben hier trat einem jeden das unwürdige der damaligen Zustände besonders lebhaft entgegen. Man mußte sich sagen, daß vornehmlich deßhalb, weil Frau von Pompadour bei der Abwesenheit des Königs im Lager für ihren Einfluß fürchtete, und aus manchen anderen noch kleineren Rücksichten französischer Seits auf unverweilten Friedensschluß hingearbeitet worden sei. Und soviel geht denn aus diesem allem hervor, daß unmittelbar nachdem der europäische Friede zu Stande gekommen war fast überall das Gefühl, theilweise das Verlangen sich regte, nur zu einer vorübergehenden Waffenruhe gekommen zu sein.

Wenn man sich aber an irgend einem der europäischen Höfe mit diesem Wunsche getragen hat, dann ist es in Wien der Fall gewesen. Dafür spricht vor allem Oesterreichs Verhalten während der zu Aachen geführten Unterhandlungen. Wiederholt schien dieser Staat zum großen Verdrusse seines englischen Bundesgenossen eine Verzögerung des Friedensschlusses veranlassen zu wollen; jedenfalls ein Beweis dafür, daß

man in Wien keine allzu lebhaften Friedenssympathien hegte. Da ist es denn zu sehr bestimmten Erklärungen von Seiten Englands gekommen und der Gesandte Georgs II in Wien, Keith, angewiesen worden, für den Fall der Verwerfung seiner Vorschläge mit einem Sonderabkommen zwischen England und Frankreich zu drohen *). Und der am Ende vereinbarte Friedenstractat traf dann auch sehr wenig mit den Wünschen der Kaiserin-Königin überein, vor allem deßwegen, weil der zweiundzwanzigste Artikel desselben die Gewährleistung Europas für das Recht Preußens auf Schlesien enthielt. Friedensgedanken sind es sicherlich nicht gewesen, welche Maria Theresia bestimmt haben, wegen dieser Festsetzung anfänglich die Unterzeichnung des Vertrages zu verweigern. Und zuletzt hat sie sich nur mit Groll gegen England, weil vornehmlich auf Betreiben des englischen Bevollmächtigten Preußen diese Garantie erlangt hatte, zu derselben herbeigelassen **). Solche Mißstimmung in Wien wird nur begreiflich, wenn man bedenkt, daß die ganze Seele Maria Theresias von dem Wunsche und der Hoffnung einer nochmaligen Abrechnung mit dem Könige von Preußen erfüllt war. Sehr bezeichnend für diese Absichten Oesterreichs sind die Ausführungen eines in den Acten des französischen Ministeriums enthaltenen Schriftstückes aus der damaligen Zeit, welches den Titel führt „Réflexions sur le système politique de la cour de Vienne.“ Hier wird es nämlich unumwunden ausgesprochen, daß seit dem aachener Frieden Preußen an Frankreichs Stelle der vornehmlichste Gegner Oesterreichs geworden sei ***). Man kann nun schon nach dem bisherigen über die Neigungen und Pläne Maria Theresias kaum noch im Zweifel sein und schon jetzt den Schluß ziehen, daß die Beherrscherin Oesterreichs im Augenblicke des Friedensschlusses durch ihre Gesinnung gegen Friedrich die Ruhe Europas bereits wieder in Frage gestellt habe. Allein man wird zum vollen Verständnisse der Lage noch einen Schritt weiter zurückgehen und sich die Beschaffen-

*) Coxe, Memoirs of the administration of Henry Pelham II 34.

**) Ranke, Preußische Geschichte III 367.

***) Genauere Mittheilungen daraus giebt Wuttke in der Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Buche Huschbergs (Die drei Kriegsjahre 1756, 1757, 1758 in Deutschland) S. 50 f.

heit des im Jahre 1746 zwischen Oesterreich und Rußland vereinbarten petersburger Bündnisses ins Gedächtniß zurückrufen müssen. Von den übrigen Bestimmungen desselben haben wir abzusehen und nur den vierten der beigefügten geheimen Artikel zu betrachten. In ihm gipfelt unzweideutig die Bedeutung des ganzen Vertrages, welcher sonach als lediglich gegen Preußen gerichtet erscheint. Durch diesen Artikel erlangte nämlich Maria Theresia für den Fall, daß Friedrich II den dresdener Frieden nicht beobachte, unter Rußlands Garantie ihr Recht auf die in demselben an Preußen abgetretenen Landestheile wieder. Mittelst einer in der That sehr wunderlichen Logik sollte nun aber ein solcher Friedensbruch von Seiten des preußischen Königs auch dann angenommen werden, wenn Preußen Rußland, ja selbst wenn es Polen, auf dessen Beitritt zu dem petersburger Bündnisse man rechnete, angreifen würde. Und doch hatte Polen so wenig als Rußland an dem Frieden von Dresden Antheil genommen. Daher urtheilt ein neuerer Geschichtsforscher im Hinblicke auf dieß petersburger Bündniß mit vollem Rechte: „So wurde schon jetzt der Grund zu dem zehn Jahre später ausbrechenden siebenjährigen Krieg gelegt" *). Und dieß stimmt auch mit der Auffassung der Zeitgenossen durchaus überein. Wie es seit langer Zeit die Sitte Kriegführender gewesen, ihr Verfahren in Denkschriften vor der öffentlichen Meinung zu rechtfertigen, so ist es auch damals geschehen. In diesen officiellen Parteischriften wird nun sehr häufig das Bündniß vom Jahre 1746 in ein ursächliches Verhältniß zu dem Ausbruche des siebenjährigen Krieges gesetzt. Und eine richtige Auffassung von der Bedeutung dieser Vereinbarung giebt sich unter anderem auch bei dem geheimen Rathe des Königs von Polen kund, welcher den vierten Artikel des Vertrages als durchaus ungewöhnlich bezeichnet und gemeint hat, es könne Friedrich II einen Bruch des dresdener Friedens darin finden, wenn Sachsen dem petersburger Tractate beitrete. Dieß ist denn auch niemals geschehen, allein freilich aus sehr wenig ehrenden Motiven. Den Standpunkt Sachsens in dieser Angelegenheit mögen zwei Mittheilungen aus Berichten sächsischer Gesandten charakterisiren. Funk meldet am 7. Juni 1753 aus Petersburg, daß er auf Befragen erklärt habe, Sachsens

*) Herrmann, Russische Geschichte V 94.

Lage erlaube ihm nicht, sich in einen Kampf mit Friedrich II einzulassen — also einem solchen wird der Beitritt zu dem petersburger Bündnisse ohne weiteres gleichgesetzt — avant que son puissant voisin ne fut mis hors de combat. Und hiemit übereinstimmend heißt es in einem Schreiben Flemmings aus Wien an Brühl — 16. Juni 1756 — man habe sich Oesterreich gegenüber bereit finden lassen, dem petersburger Vertrage beizutreten, unter der Bedingung daß Sachsen nicht früher zur Betheiligung herangezogen würde, als bis der König von Preußen angegriffen und seine Macht zertheilt worden sei. Außerdem aber begehrte Sachsen die vorausgehende Zusicherung entsprechender Vortheile.

So gestaltet war 1746 die Stimmung Oesterreichs und des ihm ergebenen Kursachsen gegen Preußen, ebenso zwei Jahre später. Daß sie sich in der Folgezeit nicht gewendet sondern nur in der einmal genommenen Richtung verstärkt habe, soll nunmehr dargethan werden.

Mit dem Jahre 1748 ist bekanntlich eine veränderte Tendenz in die Politik Oesterreichs gekommen, sofern sie sich auf eine Verbindung mit dem bourbonischen Herrscherhause richtete. Der Gedanke war nicht neu sondern eigentlich nur eine Rückkehr zu den politischen Entwürfen der letzten Jahre Karls VI. Wenn Bartenstein diesen Plan zuerst gehegt, so ist Kaunitz derjenige unter den österreichischen Staatsmännern gewesen, welcher denselben zum Mittelpunkte seiner Bestrebungen gemacht und ihm eine eigenthümliche Wendung gegeben hat. Ihre Spitze sollte diese Einigung nämlich gegen Friedrich II von Preußen haben. Denn in der Abneigung wider diesen waren vor allem diejenigen Persönlichkeiten einig, von deren Zusammenwirken das Zustandekommen einer solchen Verbindung vorzugsweise abhieng, Maria Theresia, Frau von Pompadour und der Graf Kaunitz. Bereits in Aachen, wo er Oesterreich vertrat, begann der letztere in diesem Sinne Schritte zu thun, indem er dem Bevollmächtigten Frankreichs St. Severin dahin gehende Andeutungen gab und die Bereitwilligkeit Maria Theresias durchblicken ließ, sich dem französischen Cabinet im Falle seiner Zustimmung zu den österreichischen Ideen durch die Abtretung von Brabant und Flandern erkenntlich zu erweisen. Und während der Jahre, in welchen er Oesterreich am Hofe von Versailles vertrat, hatte Kaunitz Gelegenheit, auf die einflußreichen Persön-

lichkeiten am Hofe Ludwigs im Sinne des von ihm vertretenen politischen Programmes unmittelbar einzuwirken. Um nun aber sein Ziel sicher zu erreichen, hat Oesterreich die verschiedenartigsten Wege eingeschlagen. So z. B. versäumte es der wiener Hof — im Anfange des Jahres 1751 — nicht, sich in einer Darlegung seiner Ansicht von der allgemeinen Weltlage über die Haltung Frankreichs besonders anerkennend auszusprechen und seinen Wunsch nach einer engen Verbindung mit diesem Staate sehr deutlich hervortreten zu lassen. Neben den Mitteln der Diplomatie blieb aber auch sonst nichts unbenutzt, was geeignet schien, Sympathien für Oesterreich zu erwecken. Durch kleine Aufmerksamkeiten suchte man Ludwig XV persönlich zu gewinnen, vor allen Dingen indeß die Marquise von Pompadour durch rücksichtsvolle Behandlung sich zu verpflichten. Und daß es bei dem bekannten Hasse der letzteren gegen Friedrich II leicht werden mußte, dem Plane einer Lösung der Verbindung zwischen Frankreich und Preußen bei ihr Eingang zu verschaffen, versteht sich von selbst.

Und während dessen bearbeitete Maria Theresia, welche den Gedanken einer Einigung mit Frankreich mit großer Lebhaftigkeit ergriffen hatte, persönlich den französischen Gesandten in Wien. Sie ließ es in keiner Weise an schmeichelhaftem Entgegenkommen gegen Blondel fehlen, allein zunächst war ihr Bemühen vergeblich; daher sie selbst vorläufig wieder von demselben abließ. Als dann aber im Herbste 1750 der Marquis von Hautefort an Blondels Stelle trat, erneuerte die Kaiserin mit Eifer ihre früheren Versuche, und es gelang ihr denn auch nach einiger Zeit, bei dem Gesandten eine gewisse Geneigtheit für die österreichischen Interessen zu erwecken; obgleich er von seiner Regierung sehr gemessene Instructionen erhalten hatte, die ihm vor allen Dingen einschärften, sich weder in Betreff der Wahl des römischen Königs noch hinsichtlich der Wiedereroberung Schlesiens auf die Wünsche Oesterreichs einzulassen. Mit diesem Befehle stimmt im großen und ganzen auch die Geschäftsanweisung seines Nachfolgers, des Marquis d'Aubeterre, vom 26. September 1753 überein, wenn auch eine etwas freundlichere Gesinnung gegen Oesterreich in ihr unverkennbar ist. In demselben Jahre ist Kaunitz von Paris abberufen worden, um in Wien in den Mittelpunkt der Staatsverwaltung zu treten. Damals war also in Versailles noch kein fester Boden

für die österreichischen Pläne gewonnen, aber selbstverständlich erschien es als die vornehmlichste Aufgabe des Grafen Starhemberg, der an Kaunitz' Stelle trat, die von diesem angeknüpfte Verbindung weiter zu führen.

An dieser Stelle wird es eines kurzen Blickes auf die leitenden Kreise Frankreichs, auf die dort vorhandenen Neigungen und Stimmungen bedürfen. Seit dem aachener Frieden geben sich bei den französischen Staatsmännern Friedrich II nicht eben sehr günstige Regungen kund. Es konnte dieß indeß kaum als eine Veränderung in den Beziehungen der beiden Mächte zu einander erscheinen; denn schon während der schlesischen Kriege hatte die beiden Verbündeten selten unterbrochenes Mißtrauen gegen einander erfüllt; man gieng eben soweit zusammen, als ein augenblickliches Bedürfniß dazu trieb, und keinen Schritt weiter. Namentlich wurde Frankreichs Haltung eine andere, als Friedrich II für die in Paris vorhandene Betrachtungsweise seines Verhältnisses zur französischen Krone zu mächtig und selbständig zu werden schien. So ist es zu verstehen, wenn der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten im Anfange des Jahres 1749 dem englischen Gesandten erklärte, Frankreich sei bereit, nicht nur mit England sondern auch mit Oesterreich gegen Friedrich, sofern dieser angreife, gemeine Sache zu machen. Indessen würde man sehr irre gehen, wollte man daraus schließen, daß die französischen Staatsmänner schon jetzt angefangen hätten, dieser Stimmung auch in der Richtung ihrer Politik einen Ausdruck zu geben. Wir wissen, wie zugänglich für die Pläne Oesterreichs die damalige Regentin Frankreichs — so hat man Frau von Pompadour treffend bezeichnet *) — gewesen ist, und dennoch mußte Kaunitz Paris verlassen, ohne ihre Verwirklichung irgend gesichert zu haben. Und bis um die Mitte des Jahres 1755 ist ein Umschlag in der Gesinnung des französischen Hofes nicht bemerkbar; bis dahin hält man im wesentlichen an den bisherigen Verbindungen fest, wenn auch schon etwas früher die österreichischen Wünsche nicht mehr so rundweg abgewiesen wurden, als dieß z. B. im Jahre 1749 der Fall gewesen ist, wo Puysieux es nicht einmal gerathen fand, als Blondel aus Wien von dem Entgegenkommen

*) Lacretelle, Histoire de France pendant le 18e siècle III 142.

Maria Theresias Mittheilung machte, den König davon in Kenntniß zu setzen, und dem Gesandten streng untersagte, auf die Absichten der Kaiserin einzugehen. In dem Ministerrathe hatte die französisch-österreichische Verbindung, welche der Marquise eine Erweiterung ihres Einflusses verhieß, selbst im Jahre 1755 nur wenige Sympathien. Dieß zeigte sich vor allem, als der preußische Gesandte Eröffnungen machte, welche auf einen raschen gemeinsamen Beginn der Feindseligkeiten hinzielten und gleichzeitig Oesterreich ein Bündniß mit Frankreich offen antragen ließ *). Da machten sich je nach persönlichen Interessen und Neigungen Meinungsverschiedenheiten geltend; die einen waren für entschiedenes Festhalten an dem Verhältnisse zu Preußen, die anderen wollten diesen Staat wenigstens nicht aufgegeben wissen, wenn sie auch dazu neigten, dessen Angriffsgedanken zurückzuweisen und zugleich mit Oesterreich in Unterhandlungen zu treten. Doch sollten diese nicht sowohl zu einem Bündnisse mit Oesterreich führen sondern nur den Anschluß dieser Macht an England, auf den man also in Frankreich auch damals noch rechnete, verzögern, damit inzwischen die französischen Waffen möglichst ungeschwächt gegen England thätig sein könnten. An diesen Verhandlungen hat auch der Abbé Bernis theilgenommen, welcher vor nicht langer Zeit von seinem Gesandtschaftsposten in Venedig zurückgekehrt war. Dem Staaatsrathe gehörte er zwar nicht an, allein er hatte eine um so gewichtigere Stimme, als Frau von Pompadour ihn begünstigte und man deßhalb in den Hofkreisen meinte, daß er in kurzer Zeit eine sehr einflußreiche Persönlichkeit sein werde. Bezeichnend ist es nun aber, daß selbst Bernis keineswegs mit den österreichischen Plänen sympathisirte, vielmehr ist er es gerade gewesen, auf dessen Vorschlag die Sendung des Herzogs von Nivernois nach Berlin erfolgte. Und diesem wurde ja bekanntlich der Auftrag zu Theil, den König von Preußen zu beobachten und wo möglich im französischen Interesse zu leiten. Indessen die Ankunft des Herzogs in der preußischen Hauptstadt verzögerte sich, so daß er gerade in dem Augenblicke dort eintraf, wo durch den Abschluß des

*) Ueber diese Verhandlungen des französischen Staatsrathes vergl. Duclos, Mémoires secrets sur les règnes de Louis XIV et de Louis XV. II 405 ff.

Tractates von Westminster das Verhältniß der Mächte zu einander in ein ganz neues Stadium trat.

Indeß trotz dieser Haltung des französischen Staatsrathes wurden die österreichischen Minister, welche der Erzbischof von Santa Maria mit den Hörnern der Ziegen in den Abruzzen, die klein, zart und schief seien, verglichen hat, nicht lässig in der Verfolgung ihres Zieles, vielmehr wendete man gerade jetzt von Wien aus die stärksten Mittel an, um die Marquise vollends für die Sache Oesterreichs zu gewinnen. Und wie schwer mag es doch dem stolzen, ehrsamen Sinne der Maria Theresia gewesen sein, sich so tief herabzulassen! Ohne Frage, es mußte hier der Erfüllung des sehnlichsten Wunsches gelten. Die Mehrheit der Minister auf ihre Seite zu ziehen, gelang auch jetzt dem Eifer der Frau v. Pompadour nicht, und selbst Bernis lehnte es ab, der Vertreter eines so folgenschweren Systemswechsels zu werden. So mußte die Marquise den König unmittelbar angehen, war indeß auf Widerspruch auch von seiner Seite gefaßt. Aber wie freudig ward sie überrascht, als sie eine Maria Theresia günstige Stimmung und eine ebenso ausgesprochene Abneigung gegen Friedrich II bei Ludwig XV fand. Diese unerwartete Haltung des französischen Königs findet in mehrfachem ihre Erklärung. Schon lange war seinem bigotten Sinne, der freilich nicht sowohl in positiver Religiosität als in der Furcht vor den Höllenstrafen wurzelte, Friedrichs Stellung zur christlichen Religion anstößig gewesen, und er gewahrte je länger je mehr mit Mißgunst in dem Wachsthume der preußischen Macht eine Kräftigung des Protestantismus, als dessen Hauptstütze unter den continentalen Mächten gerade Preußen dastand. Und sein Geistesleben erhob sich bei aller stumpfen Trägheit doch noch zu dem Wunsche, diesem Fortschreiten der protestantischen Sache eine katholische Allianz entgegenzustellen *). Aber nicht allein von diesem Gesichtspunkte aus ist dem französischen Könige die wachsende Bedeutung Preußens unliebsam gewesen, sondern wie dem persönlichen Wesen Ludwigs XV die Thatkraft und der unternehmende Geist Friedrichs und durch ihn seines

*) Daß solche Rücksichten auf Ludwig bestimmend wirkten, zeigen u. a. die hinterlassenen Papiere des Herzogs von Choiseul, vrgl. Vehse, Geschichte des östreichischen Hofs und Adels und der östreichischen Diplomatie VII 245.

Volkes widerstrebten, so war man auch vor allen Dingen in Paris dessen längst inne geworden, daß Friedrich II nicht die Persönlichkeit sei, um Preußen, wie es der französischen Auffassung entsprach, zum Vasallenstaate Frankreichs werden zu lassen. Und bei einer solchen Ansicht von dem Verhältnisse der beiden Staaten zu einander mußten die Nachrichten von Friedrichs Verhandlungen mit England die französischen Staatsmänner natürlich doppelt verstimmen. Ohngefähr bis zum August des Jahres 1755 hatte Ludwig alles derartige als leeres Gerücht zurückgewiesen, jetzt aber begann er daran zu glauben. Dieß genügte indeß keineswegs, um den König alsbald zum Aufgeben des bisherigen politischen Systemes und zum sofortigen Abschlusse mit Oesterreich zu veranlassen. Vorerst sollte vielmehr Bernis, gegen welchen die Pompadour, da sie seine Meinung kannte, vergebliche Einsprache erhob, noch weitere Verhandlungen mit dem Grafen Starhemberg führen. Allein jener weigerte sich, ohne Mitwirkung des Conseils feste Vereinbarungen mit dem österreichischen Gesandten zu treffen. Da ward denn ein außerordentlicher Rath gebildet, welchem außer Bernis vier Mitglieder des Cabinets angehörten. Und ihnen ließ denn nun Maria Theresia einen Entwurf zur Einigung Frankreichs und Oesterreichs vorlegen, ohne indeß die Billigung der französischen Staatsmänner zu finden. Vielmehr beschlossen diese, vor der Hand noch das Verhalten Englands und Preußens beobachten zu wollen. Da begehrte denn Maria Theresia mißmuthig über die Zurückweisung ihrer Vorschläge, daß Frankreich einen Plan für das Bündniß der beiden Mächte entwerfe. Allein da dessen Ausarbeitung Bernis übertragen wurde, so fiel er nicht gerade den österreichischen Wünschen entsprechend aus. Zwar enthielt er eine gegenseitige Garantie des Frankreich und Oesterreich zugehörigen Länderbesitzes in Europa, allein in dieses Schutzverhältniß waren auch die preußischen Staaten eingeschlossen, während England davon ausgenommen wurde.

Wenn nun Maria Theresia gleichwohl nicht abgeneïgt war, diesem Vorschlage beizustimmen, so möchte es fast scheinen, als sei es ihr nur auf den unangefochtenen Besitz ihrer Länder angekommen und sie von kriegerischen Absichten weit entfernt gewesen. Indessen genauer betrachtet hat sie sich nur für den Augenblick mit dem französischen Anerbieten zufrieden geben wollen und die Hoffnung gehegt, daß die

Macht der Thatsachen bald über dasselbe hinaus führen werde. Für die Richtigkeit dieses Urtheils aber ist die Haltung Oesterreichs in der nächsten Zeit im allgemeinen und vor allen Dingen nach dem Zustandekommen des Vertrages von Westminster beweisend.

Zunächst wird es sich indessen fragen, wie man in Wien bei diesen Verhandlungen mit Frankreich das Verhältniß zu England auffaßte. Unleugbar hatte sich dieser Staat in den vorangegangenen Jahren große Verdienste um die Erhaltung der österreichischen Monarchie erworben; gleichwohl fehlte es seit dem Jahre 1748 nicht an mannigfachen Mißhelligkeiten der Cabinete von London und Wien. Und schon das eine ist charakteristisch, daß England zwar aufgefordert wurde, dem petersburger Bündnisse von 1746 beizutreten, aber keine Kenntniß von den geheimen Artikeln erhielt. Im allgemeinen nun fanden die Oesterreicher, daß England während des Erbfolgekrieges nicht die Bereitwilligkeit zu ihrer Unterstützung gezeigt habe, welche von einem langjährigen Bundesgenossen zu erwarten gewesen wäre. Dann hatte es Maria Theresia aufgebracht, daß die englische Regierung wiederholt auf das dringendste zu einer Verständigung mit Friedrich II gerathen. Denn gerade diesem gegenüber wollte sich die Beherrscherin Oesterreichs am wenigsten zu Zugeständnissen entschließen. Und weiterhin näherten die aachener Friedensverhandlungen den Unmuth der Kaiserin, so daß sie einmal in leidenschaftlicher Erregung gegen Thomas Robinson äußerte: „Meine Gegner werden mir günstigere Bedingungen zugestehen als meine Freunde" *). So wuchsen die Abneigung und das Mißtrauen der beiden verbündeten Staaten gegen einander zusehends und fanden an wichtigen und unwichtigen Angelegenheiten immerwährend neue Nahrung. Eine ernstliche Entzweiung Oesterreichs und der Seemächte, England und Holland, drohete aus dem Barrièretractat sich zu entwickeln; zumal die letzteren hierbei, da es Handelsinteressen betraf, besonders reizbar waren. Und ein nicht minder ärgerlicher Vorgang bot sich dann in der von England angeregten Wahl Josephs zum römischen Könige dar. Neben bedeutenden Kosten erwuchsen nämlich für Oesterreich, vor allen Dingen durch das Widerstreben Frankreichs und Preußens, die mannigfachsten Widerwärtigkeiten aus

*) Coxe, History of the House of Austria. (London 1807.) II 353.

dieser Angelegenheit. Und die Verstimmung hierüber kehrte sich natürlich letztlich vorzugsweise gegen England als den eigentlichen Urheber des ganzen Planes. Maria Theresia selbst hat, bezeichnend genug, von diesem an sich für sie doch so sehr erwünschten Wahlprojecte Abstand genommen, da ihr Englands übermäßiger Eifer lästig war und sie allzu große Verpflichtungen gegen den Bundesgenossen auf sich zu laden besorgte. Aergerlich wie man einmal war fand man in Wien nun auch den Ton der englischen Depeschen unerträglich hochfahrend, die Zumuthungen Englands mit der eigenen Selbständigkeit unvereinbar. Und in solcher Stimmung hat denn einst Maria Theresia angesichts der Forderungen der Seemächte ausgerufen: „Bin ich nicht die Souveränin der Niederlande" *)?

Wenn nun trotz alledem Kaunitz im Herbste des Jahres 1754, scheinbar ganz im Geiste der englischen Auffassung, erklärte, das gefährliche Streben Frankreichs nach der allgemeinen Herrschaft in Europa mache es nothwendig, ihm auf jede Weise entgegenzutreten, oder wenn Keith noch im Mai des Jahres 1755 seinem Hofe aus Wien melden konnte, die Kaiserin habe sich nachdrücklich dahin ausgesprochen, daß sie ihre Interessen als unzertrennlich von denen des Königs von England ansehe, so sollte dieß zunächst wohl nur dazu dienen, Europa und namentlich England, dessen Vertreter am österreichischen Hofe nicht eben sehr scharfblickend war, über die anderweitigen Bestrebungen und Unterhandlungen Oesterreichs zu täuschen. Allein auf der anderen Seite geht, wenigstens im Zusammenhange mit dem ganzen sonstigen Verhalten Oesterreichs, nicht minder das hieraus hervor, daß man zu dieser Zeit in Wien sehr weit davon entfernt war, mit England brechen zu wollen, vielmehr die Hoffnung hegte, England und Frankreich mit sich gegen Preußen zu vereinigen. Daß aber die österreichische Regierung dieses Ziel in das Auge faßte, ist sehr natürlich. Denn wenn sie wiederum nur mit einem dieser Staaten verbündet gegen Preußen auftrat, so war vorauszusehen, daß der andere sich an Friedrich II anschließen werde. Und daß alsdann diesem letzteren nicht beizukommen sei, das hatte die Vergangenheit sattsam gezeigt. Daher ist es denn keineswegs als eine bloß täuschende Redens-

*) Coxe, History of the House of Austria II 372.

art anzusehen, wenn Kaunitz im Juni 1755 versicherte, Oesterreich kenne Frankreich zu genau, um dessen Einflüsterungen wider England Gehör zu geben. Und noch im August desselben Jahres bemühete sich der österreichische Minister in einer Unterredung mit dem französischen Gesandten den Eindruck hervorzurufen, als werde Oesterreich nie von England lassen. Das war ohne Frage aufrichtig gemeint; und so kam es den österreichischen Staatsmännern sehr ungelegen, als die Streitigkeiten Englands und Frankreichs in ihren außereuropäischen Gebieten freilich ohne vorausgegangene Kriegserklärung zu Feindseligkeiten gediehen und damit die Macht der Thatsachen einer Verwirklichung der eben bezeichneten Bestrebungen Oesterreichs hemmend in den Weg trat. Da hätte denn die österreichische Regierung gern einen Vergleich herbeigeführt; aber jeder Gedanke an einen solchen mußte neben allem anderen allein an dem leidenschaftlichen Begehren des englischen Volkes nach einem Kriege gegen die Franzosen scheitern. Schon war man an und für sich, namentlich in London, heftig erregt wider den Nachbar jenseits des Canales; und die Erbitterung nahm stetig zu, genährt durch die von Zeit zu Zeit auftauchenden Gerüchte von einer beabsichtigten Landung der Franzosen in England und ihrem Plane, den stuartschen Prätendenten wieder zur Herrschaft zu führen.

Sobald nun aber der Ausbruch eines Krieges zwischen England und Frankreich unvermeidlich geworden war, erschien nicht nur der Grundgedanke der österreichischen Politik, mit England und Frankreich vereint gegen Preußen aufzutreten, als unmöglich, sondern es mußten sich auch Bestrebungen entwickeln, welche eine fernere Gemeinschaft der bis dahin verbündeten Engländer und Oesterreicher ausschlossen. Für England wurde die Bekämpfung Frankreichs Mittelpunkt und alleiniges Ziel; und darauf konnte Oesterreich nie eingehen. Dem letzteren aber stand die Vernichtung der preußischen Macht als Summe des politischen Glaubensbekenntnisses fest; und gerade den Staat Friedrichs II in ihr Interesse zu ziehen, hatte die englische Regierung wegen Hannovers als ihre Aufgabe zu betrachten. Ein bestimmtes Bewußtsein von dieser Lage der Dinge hat sich unter anderem in einem Briefe ausgesprochen, welchen Lord Holderneß am 10. September 1755 an Mitchell, den nachmaligen Gesandten Englands in Berlin, richtete. Hier wird das Verhältniß in treffender Kürze dahin bestimmt: „Unser

Gegenstand ist Frankreich, Oesterreichs Gegenstand ist Preußen" *). Allein man sprach doch noch gerade in dieser Zeit in Wien mit Ostentation davon, daß der General Browne den Oberbefehl über das Heer übernehmen solle, welches man im künftigen Frühlinge in Flandern — natürlich gegen Frankreich — zusammenzuziehen gedenke. Indessen damit wollte man sicherlich nur eine Pression auf Frankreich ausüben, um die Wünsche nach einer engen Verbindung mit diesem Staate rascher verwirklicht zu sehen. Wenigstens spricht dafür der Umstand, daß die Oesterreicher, als englischer Seits ein derartiges Begehren an sie gestellt wurde, schlechterdings keine Geneigtheit dazu zeigten, Truppen nach Flandern zu senden. Vielmehr ward die Antwort absichtlich zweideutig gehalten. Aber dießmal ließen sich die englischen Minister doch nicht täuschen, sondern verstanden es sehr wohl, daß nur Schlesien als Ziel gemeint war, wenn man in Wien erklärte, man habe alles so weit vorbereitet, um ohne Verlust ins Feld rücken zu können.

Wenn schon das bisher von mir berührte überall auf Oesterreichs Tendenz gegen Preußen zurückführt und die Ueberzeugung gewinnen läßt, daß alles Trachten und Sinnen der Politiker an der Donau in dem Gegensatze wider diesen Staat beschlossen war, so wird man doch die Behauptung, daß es Maria Theresia um den Frieden zu thun gewesen sei, erst dann völlig zurückweisen können, wenn man die Haltung Oesterreichs nach Abschluß des Vertrages von Westminster in das Auge gefaßt hat. Denn noch immer könnte geltend gemacht werden, daß alle Schritte der Kaiserin-Königin im wesentlichen nur den Zweck einer Sicherstellung ihrer Länder gegen Friedrich II gehabt hätten; zumal sie selbst wiederholt den Engländern gegenüber dieß als ihre vornehmlichste Aufgabe bezeichnet hat. Indessen wird es, bevor ich mich zu der Schilderung der österreichischen Politik nach dem 16. Januar 1756 wende, eines Hinweises auf die Natur des an sich unverfänglichen, aber in seinen Folgen so weit greifenden Abkommens zwischen England und Preußen sowie auf die vorausgegangenen Beziehungen dieser beiden Staaten zu einander bedürfen.

Die Richtung der englischen Politik war damals eine sehr ent-

*) v. Raumer a. a. O. II 292.

schieden friedliche; die immer mächtiger und entschiedener hervortretenden Handelsinteressen, nicht minder die Rücksicht auf den hannoverschen Besitz des Königs bedingten dieß; und in Folge dieses letzteren war man dann besonders darum besorgt, jede continentale Verwickelung zu vermeiden. Daraus geht das zähe Festhalten an der Verbindung mit Maria Theresia, sowie die Abneigung gegen den König von Preußen hervor, vor allem aber das Bestreben, eine umfassende Defensivverbindung der europäischen Staaten ins Leben zu rufen, um so jeden Friedensbruch unmöglich zu machen. Dieses Streben, an und für sich eines großen und mächtigen Volkes unwürdig, machte nun aber sehr erhebliche finanzielle Opfer nothwendig. Um es zu begreifen, daß die englische Politik durch solche Gesichtspunkte bestimmt werden und die Rücksicht auf Hannover die auf die englischen Interessen vielfach überragen konnte, muß man sich an den damaligen Gang der inneren Angelegenheiten Englands erinnern. Es ist die Zeit, in welcher der Herzog von Newcastle und sein Bruder Pelham im Mittelpunkte der Staatsverwaltung stehen, eine nicht eben sehr ruhmreiche Periode in der Politik des Inselreiches. Vor allem ist hervorzuheben, daß die parlamentarische Opposition nur eine sehr geringe Bedeutung hatte, und namentlich gilt dieß von der Zeit nach dem Tode des Prinzen Friedrich von Wales (1751); denn in ihm hatten die oppositionellen Elemente einen Mittelpunkt gefunden, und sein Wohnsitz, Leicester House, war der Zufluchtsort und Herd aller gegen die Minister gerichteten Bestrebungen gewesen. Mit seinem Dahinscheiden aber verloren sie diesen Zusammenhang, und ein nicht geringer Theil der oppositionell Gesinnten beeilte sich, in das Lager der bisherigen Gegner überzugehen. Die Tories waren wie schon seit den Tagen des ersten Georg ohne Einfluß, während die Whigs, in sich gespalten, zu weitaus überwiegendem Theile willenlos der Regierung folgten. Aber selbst die Führer des kleinen unabhängigen Bestandtheiles derselben traten der Regierung nicht mit der durch die Verhältnisse gebotenen Schärfe entgegen. Vor allen Dingen gilt dieß auch von Pitt. Der Grund davon ist vorzugsweise darin zu suchen, daß die Maßregeln des Ministeriums hauptsächlich an dem Punkte antastbar waren, in welchem sie mit den dringenden Wünschen des Königs übereinkamen; und vor diesen hat Pitt wie bekannt allezeit eine sehr tief

gewurzelte Achtung bekundet. So blieb der Regierung in allen wesentlichen Fragen der Sieg. Dabei spielte freilich die Mehrheit des Unterhauses eine äußerst klägliche Rolle. Man weiß, wie das von Walpole in Schwung gebrachte Bestechungssystem jetzt in seiner Blüthe stand; in Folge eines ansehnlichen eigenen Besitzes und durch die Verwendung der geheimen Fonds zu diesem Zwecke verfügte denn Newcastle ganz unbedingt über eine stattliche Anzahl von Stimmen. Und so war es allmählich dahin gekommen, daß Robert Nugent bei Gelegenheit der Adreßdebatte des Jahres 1748 im Unterhause seine Rede gegen den Adreßentwurf mit den Worten beginnen konnte, er verzweifele an jedem Erfolge seines Widerspruches, da es seit Jahren zum feststehenden Gebrauche geworden sei, die Adresse an den König bei Eröffnung der Session zu einer Beifallsbezeugung für die Minister zu benutzen. Wie die Dinge sich nun einmal gestaltet hatten, mußte man Pelhams Tod im März 1754 im allgemeinen Interesse sehr entschieden beklagen. Und dieß ist denn auch von einsichtigen Männern sehr verschiedener Parteistellung geschehen. Pelham konnte zwar in keiner Weise für einen bedeutenden Staatsmann gelten; neben allem anderen fehlte es ihm dazu an entschlossenem furchtlosem Auftreten. Nur aus diesem Mangel wird es ja auch erklärlich, daß er sich seinem Bruder, den er an Einsicht, Geist und Gesinnung überragte, im allgemeinen untergeordnet hat. Wenn nun auch Pelhams Interesse in der Erhaltung des Friedens und der Ordnung der Finanzverwaltung aufgieng, ihm sonach große politische Zwecke durchaus fern lagen, so war dieß doch immerhin ein Gedanke, welcher in der Rücksicht auf das allgemeine wurzelte, während der Gesichtskreis seines Bruders nur dasjenige umfaßte, was geeignet war, seine Stellung an der Spitze der Verwaltung zu fördern und sicherzustellen. Und in dieser Richtung ist er trotz seiner Unfähigkeit, freilich von der ihm eigenen Gewissenlosigkeit trefflich unterstützt, mit reichem Erfolge thätig gewesen. Daher hat man ihn mit Recht als ein bemerkenswerthes Beispiel dafür bezeichnet, wie viel man auch bei mangelnder Fähigkeit durch unausgesetztes und rücksichtsloses Verfolgen eines und desselben Zieles zu erreichen vermöge*).

*) Massey, History of England during the reign of George the Third I 11 f.

Denn ohne auch nur eine der Eigenschaften des Staatsmannes zu besitzen, treulosen, wankelmüthigen und wenig unternehmenden Sinnes, ohne Befähigung als Redner, zeitweilig auch ohne eine größere Anzahl einflußreicher Freunde und Anhänger am Hofe zu haben *), ist es ihm möglich gewesen, sich während einer sehr langen Zeit in Einfluß und Macht zu erhalten. Seiner Taktik dem Parlamente gegenüber ist schon gedacht worden; im übrigen lief seine Kunst auf zweierlei hinaus. Seine Eifersucht veranlaßte ihn zu dem Bestreben, soweit als möglich von ihm abhängige oder wenigstens ihm nicht gleichberechtigte Genossen in der Regierung zu haben; und dieß schloß ganz von selbst Männer von Talent und Gesinnung aus. Vor allem aber richtete sich weiterhin sein Augenmerk darauf, die Wünsche Georgs II sorgfältig zu beobachten und zu berücksichtigen; und wirklich gelang es ihm denn auch, ohne Frage eben hierdurch, den nicht selten gegen ihn vorhandenen königlichen Unwillen wieder zu zerstreuen **).

Wie es unter diesen Umständen mit Englands Ansehen nach außen beschaffen sein mußte, läßt sich leicht von selbst ermessen, und man wird sich keinen Augenblick wundern können, wenn in den diplomatischen Händeln jener Jahre Frankreich und Oesterreich mit überwiegender Bedeutung neben England hervortreten; freilich lagen auch die schwebenden Fragen diesem letzteren als einer nicht continentalen Macht weniger nahe. Aber vor allen Dingen ist dieß eine Folge der Friedenspolitik um jeden Preis, welche zu keiner Zeit dazu angethan gewesen ist, einem großen Volke eine achtunggebietende Stellung zu gewähren. Newcastle und Pelham, welche sonst nicht selten durch Meinungsverschiedenheiten auseinandergeführt wurden, kamen in dieser Politik überein; indessen war trotz dieser Uebereinstimmung die Tendenz beider eine sehr verschiedene. Denn Pelham begehrte Frieden, um seine Finanzprojecte zur Ausführung bringen zu können, während für Newcastle der Wunsch des Königs d. h. die Rücksicht auf Hannover

---

*) Bubb Dodington, Diary (London 1784) p. 238.

**) Interessant ist ein Urtheil Georgs II über Newcastle in der Correspondence of John, fourth duke of Bedford II 187 f.: George the Second often said that as a German prince he would not have made Newcastle even his Chamberlain.

dabei maßgebend war. Nebenbei mochte er sich wohl auch insoweit seiner Unfähigkeit bewußt sein, um einzusehen, daß in einer bewegten Zeit das Ruder des Staates allzu leicht seiner Hand werde entgleiten können. Dieser abweichende Gesichtspunkt der beiden Brüder führte sie natürlich auch auf ganz verschiedene Bahnen, wenn es sich um die Verwirklichung der Friedensgedanken handelte. Pelham mußte jede außerordentliche Ausgabe sorglich zu vermeiden suchen, während Newcastle seine Friedensliebe zu sehr kostspieligen Maßregeln veranlaßte. Da nämlich Georg II vor allem Hannover am Herzen lag, so zogen die Angelegenheiten des deutschen Reiches vorzugsweise seine Aufmerksamkeit auf sich, und er erachtete es als seine vornehmste Aufgabe, dem französischen Einflusse in Deutschland zu begegnen und deßhalb das habsburgsche Haus thunlichst zu unterstützen. Diesen Plänen des Königs gedachte aber Newcastle durch Subsidienverträge, namentlich mit den Reichsfürsten, welche bisher in einem Verhältnisse zu Frankreich gestanden, gerecht zu werden. Und da bot sich vor allen der Kurfürst von Bayern dar, mit welchem Newcastle denn schon 1750 einen solchen Tractat auf sechs Jahre abschloß. Auch Pelham, im Herzen einer Politik entschieden abgeneigt, welche dem Lande zur Sicherung des Friedens die Lasten eines kriegerischen Aufwandes aufbürdete, hat sich dießmal für dieselbe gewinnen lassen; aber nur in der Hoffnung, es werde in Folge dieses Abkommens mit Bayern auch die Wahlangelegenheit Josephs erwünschten Fortgang nehmen, und in der Voraussetzung, daß es bei diesem einen Subsidienvertrage sein Bewenden haben werde. Allein trotz Newcastles Versicherungen ließ sich das Gegentheil mit Bestimmtheit voraussehen. Auch hat die Opposition damals nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß man bei einem so vereinzelten Schritte nicht stehen bleiben könne, sondern zu einem förmlichen Systeme von Subsidienverträgen werde fortschreiten müssen, wenn anders überhaupt auf diesem Wege irgend etwas erreicht werden solle. Und so hat sich denn in der That der Gang der Dinge gestaltet, indem schon nach zwei Jahren dem Hause ein ähnlicher Vertrag mit Kursachsen vorgelegt wurde. Und wiederum sprach Pelham zu seinen Gunsten, dessen uneingedenk, daß er dem Hause bei Gelegenheit der früheren Debatte versprochen, die Regierung werde keinen weiteren derartigen Schritt thun. Ja er machte sogar zur

Rechtfertigung dieses neuen Abkommens geltend, daß dasselbe nur eine Consequenz des von dem Parlamente gutgeheißenen Vertrages mit Bayern sei. Und wenn Pelham in seiner Rede über den ersten Subsidienvertrag nur von jener Defensivconföderation der europäischen Staaten zur Sicherung des allgemeinen Friedens als dem letzten Ziele Englands gesprochen hatte, so scheute er sich jetzt nicht, es offen einzugestehen, daß England nach seiner Meinung nicht im Stande sei, gegen die vereinigte Macht von Frankreich und Spanien einen Krieg zu führen. Man hätte denken sollen, daß dieß stürmischen Unwillen hervorrufen würde, allein dennoch erhoben sich im Unterhause nur 54 Stimmen gegen den neuen Vertrag. Freilich ist die damalige Session vielleicht „die leblosefte" gewesen, welche vorgekommen. Daß Newcastle aber unter diesen Umständen weitere Subsidientractate mit Köln, Pfalz und Trier als von der Regierung beabsichtigt durchblicken ließ, konnte nicht in Erstaunen setzen.

Wie wenig Maria Theresia von dem übergroßen Eifer Englands, ihren Interessen in Deutschland zu dienen, erbaut gewesen, habe ich schon erwähnt. Das Widerstreben der Kaiserin wird nun aber auch weit eher begreiflich; diese schwächliche Staatskunst Englands, welche zufrieden war, sich durch das Erkaufen fremder Waffen sicher zu stellen, konnte ihren politischen Entwürfen nicht genügen. Man versteht es also sehr wohl, wenn sie den Gedanken einer Annäherung an Frankreich mit solcher Lebhaftigkeit ergriff, zumal sie sich sagen durfte, daß man der damaligen englischen Politik alles bieten könne, wenn nur den Ländern der englischen Krone der Friede erhalten werde. Es wird also auch aus der eben bezeichneten Beschaffenheit der damaligen Bestrebungen Englands sehr erklärlich, daß Maria Theresia lange Zeit die Hoffnung hegte, trotz einer Verbindung mit Frankreich in dem bisherigen Verhältnisse zu England verbleiben zu können.

Das Verhalten Oesterreichs bereitete Newcastle viele Verdrießlichkeiten und Schwierigkeiten; doch war seine Stellung unerschütterlich, so lange ihm sein Bruder zur Seite stand. Indessen Pelhams Tod am 6. März 1754 schien für Newcastle äußerst verhängnißvoll werden zu wollen. Denn fast als unvermeidlich konnte es erachtet werden, daß entweder Fox, Murray oder Pitt, die durch ihre Bedeutung im Unterhause weit hervorragten, einen Sitz im Cabinet erhalte.

Allein es kam dann doch zu einer Combination, welche zwar Murray durch seine Ernennung zum Attorney=General zufrieden stellte, aber Fox und Pitt in untergeordneten Stellen beließ und zu vereinigter Opposition gegen die Regierung führte. Da ward deren Lage eine sehr schwierige, zumal im Jahre 1755, wo die Gegner des Herzogs entschieden dazu entschlossen waren, ihn mittelst der Subsidienverträge mit Hessen=Kassel und Rußland zu Falle zu bringen. Denn diese erfreuten sich einer sehr geringen Popularität und wurden in weiten Kreisen als eine doch allzu unverantwortliche Verwendung englischer Gelder zu Gunsten Hannovers bezeichnet *). Allein noch einmal nahmen die Dinge eine Newcastle günstige Wendung. Vergebens waren zwar die Schritte des Herzogs, um Pitt zu gewinnen; vielmehr erntete er hier nur eine scharfe Rüge seiner inneren und äußeren Politik. Allein in diesem Augenblicke ließ sich Henry Fox durch die Siegel des Staatssecretariates dazu bewegen, seinem bisherigen Verhalten völlig ungetreu, die neuen Subsidienverträge im Unterhause zu vertheidigen.

Dieser auf Subsidienverträge gestützten Friedenspolitik Englands entsprach es nun durchaus, wenn am 16. Januar 1756 mit Preußen der Vertrag von Westminster abgeschlossen wurde, und es bildet dieser recht eigentlich nur ein weiteres Glied in der Kette der eben charakterisirten Bestrebungen. Daß jetzt mit Preußen im Bunde versucht wurde, was früher hauptsächlich gegen diese Macht gerichtet gewesen, hat vor allem darin seinen Grund, daß das englische Ministerium endlich die österreichischen Pläne zu durchschauen und die Haltung Preußens richtiger zu würdigen anfieng. Hinsichtlich Oesterreichs hatte man sich in London lange Zeit im Dunkeln befunden, ja selbst die Hand zu Bestrebungen geboten, die geradezu den Keim des Todes für die englischen Friedenshoffnungen in sich bargen. Dahin gehört es,

---

*) Sehr unumwunden hat Pitt dieß in der Debatte über die Verträge ausgesprochen, namentlich wenn er mit Bezug auf Hannover sagt: which I believe to be so entirely the only object of the treaties, that I am convinced they would not have been made, had not that electorate belonged to the sovereign of this island. (Hansard, Parliamentary History of England XV 663.)

wenn Bedford, damals neben Newcastle Staatssecretär, am 20. März 1749 an Yorke in Paris schrieb, der österreichische Gesandte in London habe auf ausdrücklichen Befehl seiner Monarchin ihm die freundlichsten Gesinnungen gegen Frankreich kundgegeben; davon Kenntniß zu erhalten, werde der französischen Regierung ohne Zweifel erwünscht sein, und es könne dieß wohl auch dazu führen, den Eifersüchteleien des Hofes von Versailles gegen Oesterreich ein Ende zu machen *). Wie man aus dem Schreiben Bedfords ersieht, hatte der kaiserliche Gesandte zugleich sehr unzweideutig Preußen als die Macht bezeichnet, welche durch das Aussprengen falscher Gerüchte Unfrieden säe. Da nimmt denn Bedford Gelegenheit, an den weiter oben erwähnten Ausspruch Puysieux' hinsichtlich Preußens zu erinnern, auf Grund dessen man die französischen Minister zu einem energischen Auftreten wider dieses Verfahren Friedrichs II veranlassen müsse. Und so wird man hieraus auch dessen inne, daß in London Preußen ungünstige Vorurtheile vorhanden waren. Vor allem galt Friedrich II dem Könige Georg zu jener Zeit als hauptsächlicher Störefried, und gerade gegen ihn und das mit ihm verbündete Frankreich sollte jenes große Defensivbundessystem sich richten. Zwar hatte der König von Preußen noch vor der Beendigung des österreichischen Erbfolgekrieges, in richtiger Erkenntniß der damaligen Interessen seines Staates, wiederholt das Verlangen laut werden lassen, sich nach dem Friedensschlusse näher an die Seemächte anzuschließen. Allein nachdem der Frieden zu Stande gekommen war, wollte sich Friedrich II doch nicht gerne binden, zumal ihm England in keiner Weise aufmunternd entgegenkam. Auch fehlte es nicht an Gründen des Mißtrauens und der Entzweiung der beiden Mächte. Die Angelegenheit der schlesischen Schulden, die Ernennung des Lord Marischal, eines Jakobiten, zum preußischen Gesandten am Hofe von Versailles erbitterten England, welches jetzt in Friedrich II neben Frankreich die hauptsächlichste Stütze der Stuarts sah. Freilich hatten die Engländer ohne allen Grund Lärm gemacht, wie ihr Gesandter am französischen Hofe bald zu seiner Beschämung eingestehen mußte. Denn einige Jakobiten, welche Marischal in Sachen ihrer Partei angiengen, wurden kurz und entschieden von

*) Correspondence of the Duke of Bedford II 19.

ihm abgewiesen. In London war man indessen trotzdem meistens in einer sehr gereizten Stimmung gegen Friedrich II, dem man vor allen Dingen Schuld gab, daß er seinen Einfluß in Versailles dazu anwende, um den französischen Hof gegen England aufzubringen. In dieser Beziehung gedachte man dann auch seinerseits Friedrich nichts schuldig zu bleiben und schürte daher mit Eifer den Unmuth der Kaiserin Elisabeth gegen ihn. Aber gleichwohl wollte England, getreu seiner Friedenspolitik, nichts davon wissen, als die österreichische Regierung den Gedanken hinwarf, es lasse sich wohl ein Mittel finden, um dem Könige von Preußen zuvorzukommen d. h. eine Friedensstörung zu veranlassen und so eine Gelegenheit zur Vernichtung der preußischen Macht zu gewinnen *).

Wenn die englische Regierung diesen Vorschlag Oesterreichs damals einfach ohne Beachtung ließ, so mußte sie zwei Jahre später seine Ausführung mit allen Kräften zu verhindern suchen. Inzwischen nämlich waren Dank der ungeschickten Vertretung Englands in Paris durch Albemarle die Zwistigkeiten mit Frankreich, welche eine umsichtige und gewandte Politik zu friedlichem Austrage hätte bringen können, zum Kriege gediehen; die Besorgniß für Hannover trat also jetzt mit doppeltem Gewichte hervor, zumal Oesterreich auf die englischen Anfragen wegen eventueller Leistung der vertragsmäßigen Hilfe ausweichend und unbestimmt antwortete. Da gewann denn Preußen mit einem Male eine ganz andere Bedeutung für die englische Politik. Noch waren zwar die Differenzen mit Friedrich II keineswegs beseitigt und die englischen Staatsmänner sehr weit von dem Gedanken an eine gemeinsame Operation mit demselben entfernt. Daß die Verhältnisse auch noch dazu führen würden, ließ sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1755 in der That nicht voraussehen. Georg II konnte es nur darum zu thun sein, während des Krieges zwischen England und Frankreich Sicherung Hannovers zu erlangen. Und wie Friedrich II an der Seite dieses letzteren Staates der gefährlichste Gegner des Kurfürstenthums war, so erschien er auch als die geeignetste Persönlichkeit, um dessen Neutralität sicher zu stellen. Und von dem Augenblicke an, wo Georg II inne wurde, daß sich Friedrich keineswegs

*) v. Raumer a. a. O. II 272 f.

unter allen Umständen von Frankreich gegen Hannover werde gebrauchen lassen, bahnte sich eine veränderte Stimmung Englands gegen Preußen an. Wie wir aus den eigenen Darstellungen Friedrichs II *) wissen, hat der Minister Rouillé dem preußischen Gesandten Knyphausen eine gemeinsame Action der Franzosen und Preußen gegen Hannover vorgeschlagen. Das Anerbieten geschah indeß in sehr unziemlicher Weise, indem Rouillé dem Könige geradezu sagen ließ, in Hannover gebe es etwas zu plündern, denn der Schatz des Königs von England sei reich versehen, und Friedrich könne da einen guten Fang thun. Der König ließ dieser Unverschämtheit natürlich die gebührende Abfertigung zu Theil werden, welche indeß nicht sowohl dem Anerbieten an sich als der Art und Weise desselben gegolten hat. Daher glaube ich nicht, daß man berechtigt ist, diesen Vorgang als Beweis dafür geltend zu machen, daß die Angabe, Friedrich habe um die Mitte des Jahres 1755 dem französischen Hofe die gemeinschaftliche Eröffnung der Feindseligkeiten vorschlagen lassen, falsch sei **). An und für sich erscheint es sehr annehmbar, daß Friedrich ebenso wie ein Jahr später es schon 1755 momentan für rathsam gehalten habe, in dem doch einmal unvermeidlichen Kriege den Vortheil eines raschen, unvermutheten Angriffes für sich zu benutzen. Daß ihn aber nur solche Gedanken nicht Eroberungslust bestimmten, lehrt sein Verhalten

---

*) Histoire de la guerre de sept ans. Ch. III; vgl. auch die Mittheilung Rankes aus Mitchells ungedruckten Memoiren in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft I 151.

**) So erzählt Duclos II 405; dagegen hat sich H. Wuttke erklärt a. a. O. S. 55 f. Doch scheinen auch die Mittheilungen Bonnacs aus dem Haag an Rouillé die Angabe Duclos' zu bestätigen; vgl. Stuhr, Forschungen und Erläuterungen über Hauptpunkte der Geschichte des siebenjährigen Krieges. Nach archivalischen Quellen I 23. Erst nachdem ich dieß geschrieben hatte, ist mir der jüngst erschienene 14. Band der Memoiren von Luynes zur Hand gekommen, aus dem die obige Auffassung eine neue Stütze gewinnt. Der Herzog sagt nämlich bei Gelegenheit des Vertrages von Westminster (S. 402): M. de Kniphausen, ministre du roi de Prusse en France, dit assez hautement que le roi son maitre avait offert à la France de traiter avec elle pour faire de concert une interruption dans les États de Hanovre, et que cette proposition n'a point été acceptée.

in der nächsten Zeit. Wenn Friedrich im Jahre 1755 noch darüber schwankend war, welchen Weg er einzuschlagen habe, so muß man bedenken, daß damals überhaupt erst bestimmte Richtungen in dem Verhältnisse der europäischen Mächte zu einander sich herauszubilden anfiengen. Sobald indessen die Gelegenheit geboten ward, durch den Tractat mit England eine Gewährleistung des Friedens für Preußen und Deutschland überhaupt zu erlangen, da hat sich der König keinen Augenblick im Zweifel darüber befunden, welchen Weg er einschlagen müsse, und die letzte Entscheidung Frankreichs hinsichtlich seines Anerbietens gar nicht abgewartet. Eben hierin aber liegt es klar vor Augen, daß Friedrich vor allem den Frieden wünschte, den Krieg nur in Aussicht nahm, wenn er unvermeidlich erschien; und wenn dann doch einmal das Schwert gezogen werden sollte, so entsprach es seinem ganzen Wesen, nicht zu warten, bis der Gegner Hand anlege, sondern selbst den ersten Schritt zu thun. Der Vertrag von Westminster, welchen England am 16. Januar 1756 mit Friedrich abschloß, bewegt sich, wie schon hervorgehoben wurde, ganz in der Linie der um jeden Preis auf Frieden gerichteten Politik dieses Staates. Und derjenige, welcher unverweilt und ohne Bedenken denselben mit England abschloß, hat damit seine eigene Friedensliebe unwiderleglich bekundet.

Jedem der Contrahenten verbarg sich die Tragweite des Tractates vom 16. Januar. In gewissem Betrachte ist dieß sehr natürlich. Denn an und für sich konnte man von einem Uebereinkommen rein defensiver Natur die Wirkung nicht erwarten, welche thatsächlich von demselben ausgegangen ist; ward dasselbe doch auch von Seiten Oesterreichs und Frankreichs nur als ein Vorwand ergriffen, um mit dem, was sich innerlich längst vollzogen, nun auch äußerlich hervorzutreten. Daß aber der englisch-preußische Vertrag in keiner Weise dazu angethan war, ernstlichere Besorgnisse zu erwecken oder gar Gegenmaßregeln zu rechtfertigen, davon wird einen jeden der Inhalt desselben überzeugen müssen. Man erneuerte die früheren Allianz- und Garantieverträge, welche zwischen England und Preußen bestanden, verpflichtete sich gegenseitig, seine Besitzungen zu respectiren und die beiderseitigen Verbündeten nach bestem Vermögen von einem Angriffe auf dieselben abzuhalten. Hinsichtlich Deutschlands aber ward für etwa ausbrechende Streitigkeiten Neutralität vereinbart. Sollte nun gleich-

wohl eine fremde Macht ihre Truppen in Deutschland einrücken lasse, so gebot der zweite Artikel die Vereinigung der Waffen beider Staaten, um diese Verletzung des Friedens zu ahnden und die Ruhe in Deutschland aufrecht zu erhalten. Außerdem war in einem geheimen Artikel noch die Bestimmung enthalten, daß dieser Neutralitätsvertrag nur auf Deutschland Bezug habe, die österreichischen Niederlande daher nicht in denselben einbegriffen seien.

Diese Festsetzungen schlossen sonach in der That gar nichts Besorgnißerregendes in sich, und die contrahirenden Staaten konnten daher mit vollem Rechte im Eingange sagen, daß sie nur der Wunsch, den allgemeinen und insbesondere den Frieden Deutschlands zu sichern, geleitet habe. Auch die Ausschließung der österreichischen Niederlande konnte nicht als ein feindlicher Act gelten. Preußen hat damit nur das begehrt, was ihm auch in dem achten Artikel des dresdener Friedens zugestanden worden war, nämlich seine Gewährleistung für die Besitzungen Maria Theresias auf deren deutsche Länder zu beschränken. Das Verfahren Friedrichs ist nebenbei auch insofern völlig correct gewesen, als er sich genau innerhalb der Grenzen gehalten hat, welche seine Stellung als Reichsfürst ihm vorzeichnete.

Wenn nun Oesterreich durch die Nachricht von diesem Abkommen trotz seines ganz unverfänglichen Inhaltes zu einer raschen und unzweideutigen Wendung veranlaßt ward, wenn andererseits Englands Verhältniß zu Rußland, Friedrichs Beziehungen zu Frankreich andere wurden, sich mit einem Worte die zu Westminster stipulirenden Staaten über den Erfolg ihres Schrittes in einer entschiedenen Täuschung befunden haben, so ist dieß nur darin begründet gewesen, daß sie die Stellung der Cabinete von Versailles und Wien zu einander nicht durchschauten. Ueber die österreichischen Absichten täuschte sich Friedrich allerdings nicht, wohl aber hinsichtlich Frankreichs und Rußlands. Er war nämlich fest davon überzeugt, daß Frankreich nie völlig mit ihm brechen werde, und hielt diesen Glauben selbst dann noch aufrecht, als er von dem französisch-österreichischen Bündnisse vom 1. Mai Kunde erhalten hatte. Denn diese Haltung Frankreichs, meinte er, wurzele nicht sowohl in einem festen politischen Principe als in Empfindelei und Verdruß, aber er vergaß, wie sehr die damalige französische Politik eben von solchen Eingebungen bestimmt wurde.

Außerdem aber bestand einer der vornehmlichsten Gesichtspunkte Friedrichs bei dem Vertrage mit England gerade darin, sich durch denselben gegen das mit dieser Macht befreundete Rußland zu sichern. Man wird selbst bei Friedrichs Scharfblick diesen Irrthum wohl begreifen können, indem es ohne Zweifel zu den schwierigsten Aufgaben eines Staatsmannes gehört, eine Politik richtig zu schätzen, deren Mittelpunkt die Laune und Reizbarkeit eines Weibes bilden, und deren Organe sich vor allem von der Rücksicht auf die Höhe der zu ihrer Bestechung verwendeten Geldsumme leiten lassen. Noch dazu aber hatte Preußen zu jener Zeit keinen Gesandten an dem petersburger Hofe.

Für die englische Regierung wäre es leichter gewesen, die Situation zu überblicken; allein wie in London selbst die Unfähigkeit das Ruder in Händen hielt, und wie Keith in Wien Kaunitz in keiner Weise gewachsen war, so entwickelte auch Williams, der Vertreter Englands am russischen Hofe, wenig Scharfblick und Gewandtheit, ließ sich vielmehr abwechselnd von dem Großkanzler Bestuschef und dem österreichischen Gesandten Esterhazy hinter das Licht führen. So war denn die englische Regierung nicht im entferntesten darauf vorbereitet, daß es wegen ihres Abkommens mit Preußen zwischen ihr und der Kaiserin Elisabeth von Rußland zum Bruche kommen werde. Allerdings erntete England darin nur die wohlverdiente Frucht seiner in den vergangenen Jahren nie erlahmenden Bemühungen, den petersburger Hof gegen Friedrich II aufzubringen; Dank derselben war es so weit gekommen, daß England selbst in Petersburg unmöglich ward, sobald es eine versöhnlichere Haltung gegen Preußen einnahm.

Vor allen Dingen aber hatte man englischer Seits in Absicht auf Oesterreich die Tragweite des Vertrages vom 16. Januar 1756 nicht richtig bemessen. Man war durchaus nicht gemeint gewesen, diesen Staat durch denselben aus der englischen Bundesgenossenschaft in das französische Lager hinüberzutreiben. Im Gegentheile, man durfte sich der Hoffnung hingeben, das hauptsächlichste Hinderniß hinweggeräumt zu haben, welches nach wiederholter Aussage Oesterreichs für die Leistung der vertragsmäßigen Hilfe zum Schutze Hannovers vorhanden gewesen, nämlich die Besorgniß vor dem Könige von Preußen. Der hatte sich nun durch einen Neutralitätsvertrag feierlich gebunden;

und wenn anders der Beherrscherin Oesterreichs die Erhaltung des Friedens wirklich am Herzen lag, so mußte sie, weit davon entfernt, durch den Vertrag von Westminster sich unangenehm berührt zu fühlen, denselben mit unverhohlener Freude begrüßen.

Dieß letztere ist denn auch wirklich behauptet worden, aber freilich in ganz entgegengesetztem Sinne; man hat nämlich angenommen, es sei das Ziel der damaligen Politik Oesterreichs gewesen, mit England nach und nach in ein gespanntes Verhältniß und endlich zu völligem Bruche zu kommen. Und dem entsprechend habe Maria Theresia den Vertrag vom 16. Januar 1756 von vornherein als ein sehr erwünschtes Ereigniß betrachtet *). Dieß ist nicht der Fall gewesen; vielmehr ward die Kaiserin durch die erste Kunde von dem Vertrage lebhaft ergriffen und äußerte zu dem englischen Gesandten: „Die Nachricht von diesem Vertrage hat mich so getroffen, als hätte mich der Schlag gerührt. Denn ob ich gleich von verschiedenen Orten mancherlei Nachrichten erhielt, daß solch ein Vertrag im Werke sei, konnte ich doch niemals dahin gebracht werden, es zu glauben" **). Unter der Voraussetzung der friedlichen Gesinnungen Maria Theresias begreift sich diese Stimmung nicht. Aber sehr natürlich wird ihre anfängliche Erregtheit, wenn man sich daran erinnert, daß sie als Lieblingsplan den Gedanken einer Vereinigung mit England und Frankreich gehegt hatte. Und dieser Vertrag von Westminster war wenn auch nicht Veranlassung so doch der unzweideutige Ausdruck dafür, daß es mit dieser Hoffnung vorüber sei. Das aber mußte die Kaiserin-Königin schmerzlich berühren, zumal es ein alter Bundesgenosse war, welcher den ersten Schritt dazu gethan hatte, ihr den Rücken zu wenden; und dazu war sie mit Frankreich noch keines-

*) Stenzel, Preußische Geschichte IV 382, dagegen Wuttke a. a. O. S. 28. Aehnlich wie Stenzel auch die Histoire abrégée des traités de paix von Koch und Schöll III 17. Allein noch im Anfang April 1756 berichtete Keith nach den Mittheilungen des sardinischen Gesandten, des Grafen Canale, der sich für die Umstimmung Oesterreichs zu Gunsten des englisch-preußischen Vertrages bemühete, daß Maria Theresia, so oft von demselben die Rede sei, sich einer lebhaften Bewegung ihres Gesichtes nicht erwehren könne. (v. Raumer a. a. O. II 318.)

**) v. Raumer a. a. O. II 330.

wegs im reinen. Allein bei genauerer Erwägung griff ganz von selbst ein freudiges Gefühl Platz bei ihr. Konnte England nicht mehr als zu Oesterreich gehörig angesehen werden, so war doch auch für Frankreich der letzte Grund einer Verzögerung des Abschlusses mit Maria Theresia weggefallen. Und noch dazu entsprach der ganze Handel vortrefflich der wiener Politik, welche bei der vollen Ungebundenheit geheimer Intrigue eine unüberwindliche Scheu davor hatte, in offenem Hervortreten den ersten Schritt zu thun. Diesen Vortheil der Lage hat Maria Theresia auch jetzt nicht unbenutzt gelassen sondern dem englischen Gesandten am 13. Mai 1756 erklärt: „Nicht ich habe das alte System aufgegeben, sondern Ihr Hof hat zu gleicher Zeit das System und mich verlassen, indem er den Vertrag mit dem König von Preußen schloß. Jetzt aber betrachte ich das alte System als nicht mehr vorhanden, und deßhalb muß ich auch entschuldigt sein, wenn ich Maßregeln ergreife, die zu meiner Sicherung nöthig erscheinen" *).

Dem englischen Hofe lag sehr viel daran, sich mit Maria Theresia über den Vertrag von Westminster zu verständigen und die Kaiserin vor allen Dingen davon zu überzeugen, daß derselbe im Falle eines preußischen Angriffes auf die habsburgischen Staaten den König von England in keiner Weise an der Erfüllung seiner vertragsmäßigen Verpflichtungen gegen Oesterreich hindern werde. Allein Kaunitz wich jedem derartigen Versuche ebenso wie den Anfragen Keiths in Betreff der französisch-österreichischen Unterhandlungen mit allgemeinen Bemerkungen aus und unterließ es nicht, dem englischen Gesandten mit schlecht verdeckter Ironie im Namen seiner Kaiserin den Wunsch auszusprechen, daß Georg II aus dem Vertrage mit Preußen all' den Vortheil ziehen möge, den er sich davon verspreche. Das hieß freilich eine ziemlich deutliche Sprache führen. Die Kaiserin selbst gab zu jener Zeit dem englischen Gesandten, welcher um die Erlaubniß gebeten, als Privatmann zu sprechen, nicht minder unverhohlene Erklärungen. Unter anderem äußerte sie, sie sei zwar weit davon entfernt, französische Gesinnungen zu hegen, und wisse sehr wohl, daß der Hof von Versailles ihr Gegner gewesen, allein der aachener Friede habe

*) v. Raumer a. a. O. II 330.

sie in eine Lage gebracht, in der sie von Frankreich wenig zu besorgen und nach dieser Seite wenig zu thun habe. Vielmehr müsse sie die zur Vertheidigung des übrigen, was man ihr gelassen, nothwendigen Maßregeln ergreifen. In welcher Richtung also nach Maria Theresias Auffassung die damalige Aufgabe Oesterreichs liege, konnte keinen Augenblick mehr zweifelhaft sein. Doch hatten alle diese Auseinandersetzungen von der Nothwendigkeit, Vertheidigungsanstalten zu treffen, eigentlich gar keinen Sinn, indem sie vor allem auf einer geflissentlichen Ignorirung der Bestimmungen des Vertrages von Westminster beruhten. Denn da Oesterreich mit Frankreich in freundlichen Beziehungen stand, so hätte nur von einer Sicherstellung gegen Preußen die Rede sein können; und diese gewährte ja gerade der Neutralitätsvertrag. Die ganze Argumentation hatte daher einen anderen Zweck, eben den, irgend einen schicklichen Vorwand für den Abschluß mit Frankreich zu finden.

Aus diesem allem erkennt man sonach, daß es jetzt nur auf Maria Theresia ankam, Deutschland, überhaupt dem Festlande Europas den Frieden zu erhalten, die zwischen England und Frankreich ausgebrochenen Streitigkeiten auf das Meer und die überseeischen Besitzungen der beiden Mächte einzuschränken. Hätte die Beherrscherin von Oesterreich, zum Frieden geneigt, der Neutralitätsconvention zwischen England und Preußen sich angeschlossen, so würde man auch Elisabeth von Rußland für dieselbe gewonnen haben. Und so wäre der englische Gedanke eines großen Bündnisses der europäischen Mächte zur Erhaltung des Friedens annährend verwirklicht worden. Dann aber mußten auch die Zwistigkeiten zwischen England und Frankreich eine ganz andere Wendung nehmen; man würde sicherlich nicht um einen solchen Gegenstand sieben Jahre lang die Waffen geführt haben; zu einer so nachhaltigen Verwickelung konnte es nur dann kommen, wenn die schon früher in Europa vorhandenen Mißstimmungen in neuem Ausbruche aufloderten.

Daß aber auf dieß letztere Maria Theresias Wünsche gerichtet waren, zeigt nun weiterhin auch die Art, wie sie sich nach dem Vertrage von Westminster Frankreich näherte; es geschah dieß mit einem Eifer, der selbst in Paris Erstaunen hervorrief. Die französische Regierung war jetzt natürlich sehr weit davon entfernt, den eben ab-

laufenden Bundesvertrag mit Preußen zu erneuern. Welchen Werth konnte auch in Zukunft eine Verbindung mit Friedrich II für Frankreich haben, nachdem die Absicht, sich seiner Waffen gegen Hannover zu bedienen, durch den Vertrag vom 16. Januar vereitelt worden war *)? Und jetzt gewann die den österreichischen Plänen geneigte Partei am französischen Hofe allmählich ganz von selbst die Oberhand. Schon im Anfang Februar 1756 gab Kaunitz dem französischen Gesandten d'Aubeterre sehr bestimmte Andeutungen über die Art, wie man in Wien den Vertrag von Westminster aufzufassen geneigt war; vor allem hob er hervor, daß es ohne Zweifel England nur durch in Aussicht gestellte Gebietserweiterungen gelungen sei, Preußen von Frankreich loszumachen, und bei diesen Vergrößerungen der preußischen Macht werde man selbstverständlich sein Augenmerk auf die österreichischen Länder richten. Indessen d'Aubeterre faßte noch kein Vertrauen zu den Absichten Oesterreichs; ja er schrieb am 11. Februar, diese Macht suche die Verbindung mit Frankreich nur deßhalb, um England die Bedeutung des Bündnisses mit dem wiener Hofe empfindlich fühlbar zu machen, und in der Hoffnung, das englische Cabinet schließlich doch wieder zu sich zurückzuführen. Nebenbei aber gehe man in Wien darauf aus, bei dieser Gelegenheit Frankreich gänzlich und für alle Zeiten von Preußen loszumachen; damit stehe natürlich auch das im Zusammenhange, daß man gelegentlich durchblicken lasse, man sei unter Voraussetzung der Wiedergewinnung Schlesiens zur Abtretung der Niederlande bereit. Und in der That machte Oesterreich nunmehr geltend, daß Frankreich, nachdem der englisch-preußische Vertrag geschlossen worden, Friedrich seinen Besitzstand nicht länger gewährleisten könne; was der Mehrzahl der französischen Staatsmänner denn auch einleuchtete. Indeß entscheidend für den Systemswechsel wurden doch erst die Vorstellungen, welche der Graf Starhemberg am 20. April an die Marquise richtete, und die darauf hinausliefen, daß Frankreich,

*) So reflectirt z. B. auch Luynes (XIV 401) über den Vertrag, weiß ihm aber auch eine Frankreich günstige Seite abzugewinnen; nämlich es sei nunmehr der zwischen England und Rußland abgeschlossene Subsidientractat unwirksam geworden, da das russische Hilfsheer seinen Weg nicht mehr durch Deutschland nehmen könne.

wenn es auf die Verbindung mit Oesterreich eingehe, statt der vielen kleinen Bundesgenossen, die es bisher im Reiche gehabt, einen mächtigen gewinne, und daß in dieser Vereinigung Oesterreichs mit Frankreich Holland eine Garantie für sich erblicken und neutral bleiben, Spanien aber seine Unterstützung zum Seekampfe mit England leihen werde*).

So reifte die Frucht der österreichischen Wünsche und Bemühungen langsam heran. Am 21. April kehrte Nivernois von seiner vergeblichen Sendung nach Berlin zurück, und damit galt die Sache derjenigen, welche Preußen nicht hatten fallen lassen wollen, allgemein als gescheitert. Und wenige Tage darauf — am 1. Mai — kam nicht nur ein Neutralitätsvertrag sondern auch ein Schutzbündniß zwischen Frankreich und Oesterreich zu Stande. Maria Theresia ist mit den freudigsten Hoffnungen in dieß Bundesverhältniß eingetreten, wie solches unter anderem das Protokoll einer Sitzung des österreichischen Staatsministeriums darthut, in welchem die Bemerkung vorkommt: „Und hat die Kaiserin mehrmals offenherzig bekennet, daß sie noch keine Convention in Zeit ihrer Regierung mit so vergnügtem Herzen unterschrieben habe“ **). Verdankte nun auch Maria Theresia die Erfüllung ihrer Wünsche zu einem großen Theile der Mitwirkung der Frau von Pompadour, so durfte sie sich auf der anderen Seite doch auch wiederum sagen, daß diese Einigung der apostolischen Majestät mit dem allerchristlichsten Könige seit längerer Zeit ein Lieblingsgedanke der römischen Curie gewesen war. Dieß geht u. a. aus einem im Brüsseler Staatsarchive aufbewahrten Schreiben an den Grafen Cobenzl hervor, in welchem dieser Plan ein Concept genannt wird, „woran der päpstliche Hoff schon lange geschmiedet habe, welchen fals der König in Preußen mit allen protestantischen Chur- und Fürsten des Reichs nicht in dem stand sein würde, einer solchen vereinbahrten macht widerstand zu thun“ ***). Daß Ludwig XV der Gedanke einer katholischen Allianz bewegte, habe ich schon hervorgehoben, und in Wien erzählte man sich damals, daß der Jesuitenpater Ignatius Campmiller der Kaiserin die Wiederero-

*) Vrgl. Flassan a. a. O. VI 49.

**) Vrgl. Einige neue Actenstücke über die Veranlassung des siebenjährigen Krieges ꝛc. Aus den Papieren eines Staatsmannes. (Leipzig 1841.) S. 26.

***) Wuttke a. a. O. S. 49 f.

berung Schlesiens gelegentlich als dringende Pflicht ihres Glaubens vorgehalten habe *).

Bleiben wir an diesem Punkte einen Augenblick stehen, um auf das vorangehende zurückzublicken und uns dessen hauptsächlichstes Ergebniß noch einmal zu vergegenwärtigen. Wir erkannten, daß von allem anderen abgesehen durch die eine Thatsache des preußischen Vertrages mit dem schlechthin auf den Frieden gerichteten England Friedrichs II Bestrebungen auf das deutlichste als ebenfalls dem Frieden zuneigend charakterisirt werden; während Maria Theresia zwar vorgab, daß es ihr nur um die Erhaltung der Ruhe und den sicheren Bestand ihrer Staaten zu thun sei, in der That aber den Weg, welcher am zweifellosesten zu diesem Ziele führte, verschmähete. Dadurch hat sie für einen jeden, welcher sehen will, zu völliger Klarheit gebracht, was von den damals in Wien vorhandenen Friedenssympathien zu halten sei. Und daß diese es auch nicht gewesen sind, welche die Verbindung Frankreichs und Oesterreichs ins Leben riefen, dafür soll ein Blick auf den Umfang und die Beschaffenheit der zwischen den beiden Mächten getroffenen Vereinbarungen den Beweis geben.

Der Neutralitätsvertrag enthielt nichts weiter, als daß Frankreich unter keinerlei Vorwand die Staaten der Kaiserin-Königin beunruhigen wolle, während Maria Theresia jeder Einmischung in die Streitigkeiten zwischen England und Frankreich sich zu enthalten versprach. Und als Zweck dieses Tractates gilt es dann nur, daß die beiden Staaten das weitere Umsichgreifen der Feindseligkeiten zwischen England und Frankreich verhüten wollen. Aber auch das Bündniß der Freundschaft und des wechselseitigen Schutzes, welches an

*) Vehse a. a. O. VIII 74. Vrgl. v. Cogniazo in den Geständnissen eines östreichischen Veterans I 137 f. (Breslau 1788.) Interessant ist auch dessen Bemerkung I 211: „Uebrigens thaten bei dieser wichtigen Staats- und Kriegsangelegenheit jetzt, wie immer die Gewissensräthe, die sich vortrefflich mit dem Cabinet darauf verstanden haben, wie eine Hand die andere wäscht, und wie die Bolzen, die der Staatsrath gedrehet hatte, von den Beichtvätern, und vice versa verschossen werden mußten, ihr Bestes, das zarte, und in allen Fällen dieser Art höchst peinliche Gewissen der Prinzeßinn zu beruhigen."

demselben Tage unterzeichnet worden ist, klingt in seinen offenkundigen Bestimmungen äußerst friedfertig. Da ist nur von Gewährleistung und Schutz des beiderseitigen Gebietes in Europa für den Fall eines feindlichen Angriffes die Rede, wobei natürlich in Gemäßheit des Neutralitätsvertrages von der gegenwärtigen Verwickelung zwischen England und Frankreich abgesehen wird. Ja es ist ganz ausdrücklich festgesetzt worden, daß die verbündeten Mächte gemeinsame Maßregeln zur Erhaltung des Friedens ergreifen wollen. Allein wesentlich anders erweist sich die Beschaffenheit dieses französisch-österreichischen Abkommens, wenn man die geheimen Bestimmungen desselben in das Auge faßt *). Während der sechste und siebente Artikel des officiellen Tractates nur für künftige nicht mit dem gegenwärtigen Kriege zusammenhängende Angriffe auf Frankreich die Hilfeleistung Oesterreichs normirt hatten, setzte die erste der geheimen Bestimmungen fest, daß Maria Theresia unter Umständen auch während der damaligen Verwickelung zwischen England und Frankreich zu thätiger Theilnahme an dem Kriege verpflichtet sein sollte, nämlich in dem Falle, daß eine andere Macht außer England, auch wenn sie im Bunde mit diesem Staate aufträte, einen Angriff auf Frankreich unternehme. Alsdann war aber natürlich zu erwarten, daß auch die österreichischen Länder in den Bereich des Kriegsschauplatzes gezogen würden, und so verpflichtete sich auch der König von Frankreich, Maria Theresia entsprechenden Schutz zu gewähren. Mit dieser Festsetzung kam man in Wien seinen Wünschen und Hoffnungen schon um einen guten Schritt näher. Man wollte unter allen Umständen an dem Kriege theilnehmen, wenn er nur nicht auf England und Frankreich beschränkt blieb. Dann wäre es ja allerdings nothwendig geworden, bloß gegen England die Waffen zu führen. Dieß aber lag keineswegs im Interesse Oesterreichs. Wenn indeß die Betheiligung anderer Staaten an dem Kriege in das Auge gefaßt ward, so konnte man vor allen Dingen dabei nur an Preußen denken, da sich das Verhältniß Rußlands zu England bereits gelös't hatte und also nicht anzunehmen war, daß diese Macht England Hilfe leisten werde. Während ferner der achte Artikel des eigentlichen Vertrages ohne weitere Einschränkung den beiden Staaten das Recht zuerkannte, andere Mächte

*) Mitgetheilt von Koch und Schöll a. a. O. III 19 ff.

zum Beitritte aufzufordern, vereinigten sich Frankreich und Oesterreich in der zweiten geheimen Bestimmung dahin, solche Einladungen nur gemeinschaftlich ergehen zu lassen. Und wenn dann der Kaiser als Inhaber von Toskana, der König von Neapel und Sicilien, der Infant Don Philipp als Herzog von Parma, Piacenza und Guastalla als diejenigen bezeichnet werden, welche man zunächst anzugehen gedenkt, so gewinnt das in Aussicht genommene Bündniß eine sehr bestimmte Färbung; und es deutet alles auf den Plan einer großen bourbonisch-habsburg-lothringischen Allianz hin, welche gewiß nicht bloßen Friedenszwecken dienen sollte. Endlich ist noch der dritte der fünf geheimen Artikel von Bedeutung. Demselben zufolge beschließen die beiden Mächte, sich über alle im letzten Frieden nicht zu vollem Austrage gebrachten Punkte, sowie hinsichtlich derjenigen Territorien und überhaupt aller Angelegenheiten, welche eines Tages eine Störung der Ruhe Europas veranlassen könnten, unter einander zu verständigen. Dabei hat man ohne Frage neben den Verhältnissen Italiens den Lieblingsgedanken der österreichischen Staatsmänner im Auge gehabt, gegen Abtretung des lästigen niederländischen Besitzes an Frankreich der Mitwirkung dieses Staates zur Wiedererlangung Schlesiens sich zu versichern.

Aber schon im Anfang Juni 1756 wurde im österreichischen Ministerium über geheime Artikel verhandelt, welche die Grundlage eines weiteren und zwar offensiven Tractates bilden sollten. Ein Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des österreichischen Ministerrathes vom 2. dieses Monates bezeichnet als Bedingungen sine qua non unter anderen auch die folgenden: 1) daß, respective des Tausches, nichts geschehen, als bis zur wirklichen Besitzung von Schlesien und Glatz, sein solle und 2) müsse Es (Frankreich) nicht allein zur Recuperirung Schlesiens rc., sondern auch zur größten Schwächung des Königs von Preußen concurriren *). Dieser letzte Gedanke einer förmlichen Beraubung des preußischen Königs datirte keineswegs von damals; es war ein lange gehegter Wunsch Oesterreichs, über den schon früher wiederholt — so in den Jahren 1741 und 1745 — mit anderen Staaten verhan-

*) Vrgl. die schon erwähnte Schrift „Einige neue Actenstücke rc.“ S. 27 f.

delt worden war. Die Preußen außer Schlesien und Glatz abgerungenen Gebietstheile sollten den Bundesgenossen Oesterreichs, besonders dem darnach vornehmlich lüsternen Kursachsen, zufallen. Den eben erwähnten Bedingungen entsprechend lauten dann auch die dem Grafen Starhemberg für den Abschluß dieses geheimen Offensivbündnisses übergebenen Festsetzungen. Auch diesen zu Folge begehrt man nicht nur die Zustimmung sondern die directe Mitwirkung Frankreichs zu dem Versuche, Friedrich nicht allein Schlesien und Glatz wieder zu entreißen, sondern seine Macht noch weiterhin ansehnlich zu beschränken. Ist dieß mit Frankreichs Unterstützung zu Wege gebracht worden, dann will Oesterreich Luxemburg, Chimay und Beaumont seinem Bundesgenossen überlassen und mit dem übrigen Theile der niederländischen Besitzungen Don Philipp ausrüsten, der seinerseits Parma, Piacenza und Guastalla an Oesterreich abtreten soll *). Hier handelt es sich also nur noch um Offensivmaßregeln gegen den König von Preußen; und es ist daher der Lage der Dinge vollkommen entsprechend gewesen, wenn der sächsische Gesandte in Wien, Graf Flemming, um die Mitte Juni 1756 nach Dresden berichtete, es könne kaum noch ein Zweifel darüber obwalten, daß der wiener Hof einen Entwurf fertig habe, der sich auf die Wiedereroberung Schlesiens und auf die Religion beziehe, allein man wolle österreichischer Seits nicht den ersten Schritt thun, sondern den ganzen Handel durch Rußland einleiten lassen.

In Frankreich hatte sich gar manche ungünstige Beurtheilung des Vertrages vom 1. Mai vernehmen lassen. Es liegen verschiedene Denkschriften über denselben vor, welche wenn sie auch im einzelnen auseinandergehen doch darin übereinstimmen, daß sie eine sehr geringe Meinung von der Zuverlässigkeit des neugewonnenen Bundesgenossen kundgeben. Am entschiedensten widerstrebte der Dauphin der neuen Politik; auch auf sein Geheiß ist eine Denkschrift ausgearbeitet und

---

*) Einige neue Actenstücke ꝛc. S. 29 f. Da heißt es unter anderem wörtlich: 1) S. M. T. C. donnera son consentement formel non seulement à la conquète de toute la Silésie et du Comté de Glatz, mais aussi à un affaiblissement bien plus considérable encore de la puissance du Roi de Prusse.

2) S. M. T. C. coopérera réellement à la réussite du projet etc.

Bernis eingehändigt worden, welche es selbst als ihren Zweck bezeichnet, zu verhüten, daß Frankreich zum Narren seines nunmehrigen Alliirten werde *). Allein solche Erwägungen sind vergebens laut geworden. Ludwig XV hat wohl das Mißvergnügen an seiner Politik damit zurückgewiesen, daß er zu bedenken gab, wie die Verbindung des französischen und österreichischen Hofes sein eigenstes Werk sei **). Und so durfte man denn in Wien die Hoffnung hegen, daß Frankreich auf die neuen Vorschläge eines Offensiv-Tractates eingehen werde; und schon im Anfang Juni meinte das österreichische Ministerium dieß annehmen zu können. Wirklich ist auch gegen Ende dieses Monates eine Antwort des Königs von Frankreich auf die österreichischen Vorschläge erfolgt, welche die Erwartung der wiener Staatsmänner im wesentlichen bestätigte ***). So ließ sich schon jetzt um die Mitte des Jahres 1756 alles zu einem Angriffsbündnisse Frankreichs und Oesterreichs gegen Preußen an.

Es ist soeben erwähnt worden, daß man in Wien den Plan hegte, Rußland vorzuschieben und von diesem Staate den ersten Schritt zur Verwirklichung der wider Friedrich II gerichteten Anschläge thun zu lassen. Und so wird es denn noch erforderlich sein, auch die Stellung des russischen Hofes zu der sich anbahnenden europäischen Verwickelung zu charakterisiren.

Gleich der Marquise von Pompadour und Maria Theresia empfand auch die Kaiserin Elisabeth eine heftige Abneigung gegen den König von Preußen und nicht minder gegen Frankreich als dessen Bundesgenossen. Und daher war man an der Newa nicht weniger als in Wien unwillig darüber, daß der aachener Friede eine Gewährleistung für das preußische Recht auf Schlesien enthielt. Die Erbitterung wider Friedrich II steigerte sich dann bald so weit, daß Rußland im Jahre 1750 ohne hinreichende Veranlassung seinen Gesandten aus Berlin abberief, was natürlich das gänzliche Aufhören der diploma-

---

*) Die Denkschrift ist mitgetheilt von Soulavie, Mémoires historiques et politiques du règne de Louis XVI, depuis son mariage jusqu'à sa mort I 229—279.

**) Vrgl. z. B. einige Briefe an Broglie bei Stuhr a. a. O. I 41.

***) Vrgl. „Einige neue Actenstücke &c." S. 31 ff.

tischen Verbindungen zwischen den beiden Höfen nach sich zog und den Bestrebungen Englands und Oesterreichs in Petersburg freie Bahn machte. Denn die Cabinete von Paris und Petersburg befanden sich ebenfalls in einem so gespannten Verhältnisse zu einander, daß kein gesandtschaftlicher Verkehr zwischen ihnen statt hatte. Unter den von Rußland begünstigten Mächten stand um die Zeit des aachener Friedens Oesterreich obenan. Maria Theresia verdankte dieß vor allem dem Umstande, daß ihr Gesandter Pretlach sich alsbald bei seinem Auftreten die Gunst sowohl des Großkanzlers als der Kaiserin zu erwerben gewußt hatte und sich vollständig in das am russischen Hofe herrschende Wesen zu fügen vermochte *). Eine solche Geschmeidigkeit mußte gerade hier, wo alles von persönlichen Neigungen und Stimmungen abhieng, jeden Zugang eröffnen. Und so war denn auch in der That der Vertreter Oesterreichs in die geheimen Angelegenheiten der petersburger Regierung tief eingeweiht. England erfreute sich nicht der gleichen Gunst, da sein Gesandter bei der Kaiserin Elisabeth zu alt war, um alle die zahlreichen Vergnügungen des Hofes mitmachen zu können, und nicht beweglich und biegsam genug, um sich auch nur in annäherender Weise wie Pretlach in das Vertrauen der Regierung zu drängen. Guy Dickens hat diesen Mangel seiner Persönlichkeit selbst sehr wohl gefühlt und daher im Februar 1755 seine Abberufung begehrt, indem er bemerkte, daß es in Petersburg vor allem eines Gesandten bedürfe, welcher in der vollen Kraft und Blüthe seines Alters stehe und an allen Lustbarkeiten theilzunehmen im Stande sei; denn dieß habe er als eine wesentliche Seite seiner Aufgabe zu betrachten. England suchte nun aber auf anderem Wege Einfluß in Petersburg zu erlangen, nämlich durch Bestechung — vor allen des Großkanzlers Bestuschef. Für eine solche Taktik bot sich indeß am petersburger Hofe auch sonst noch die reichste Gelegenheit dar. Denn so ziemlich ein jeder, der Einfluß besaß, bot denselben feil und scheute sich nicht, um den Kaufpreis zu feilschen und zu markten.

Die auf solchen Wegen erlangte Stellung am russischen Hofe wendeten England und Oesterreich mit unablässigem Eifer dazu an,

*) Vrgl. einen Bericht des sächs. Gesandten Pezold (Petersburg 18/4 1747) bei Herrmann a. a. O. V 207.

den Unwillen der Kaiserin Elisabeth gegen Friedrich II immer stärker zu entflammen. Dabei schlug man wenigstens von Seiten Oesterreichs allerhand krumme Wege der Lüge und Verleumdung ein. So veranlaßte der österreichische Gesandte in Petersburg in den Jahren 1748 und 1749 wiederholt, daß dem Vertreter der Elisabeth in Berlin durch die österreichische Legation unter der Hand mancherlei Nachrichten zugeführt wurden, welche geeignet waren, die feindselige Stimmung der Kaiserin noch weiter zu reizen. In solchen Bestrebungen stand Kursachsen der österreichischen Regierung auf das getreulichste zur Seite. Großes und kleines hat Brühl über Friedrich II ersonnen, in wichtigem und unwichtigem unaufhörlich gegen ihn intriguirt. Man verschmähete es nicht, mit den Kammerfrauen auf gleichem Boden sich zu bewegen, welche von einigen Haiducken, die früher im Dienste Friedrichs gestanden, vernommen hatten, daß der König von Preußen gelegentlich sehr unehrerbietig von der Beherrscherin der Russen rede. Außerdem aber sollte Friedrich II Absichten bald auf Kurland, bald auf Danzig und das polnische Preußen im Schilde führen, und dann wieder gemeinsam mit Frankreich und Schweden für den Fall einer Erledigung des polnischen Thrones großartige Entwürfe hegen. Oder es wurde Elisabeth beigebracht, der König von Preußen habe seine Armee um drei Regimenter verstärkt, nehme im geheimen und sehr rasch militärische Rüstungen vor. Dazwischen kam einmal wieder eine Notiz, welche die Person der Kaiserin betraf, von der die berliner Zeitungen heute berichtet haben sollten, daß sie gestorben, und morgen wenigstens, daß ihr Gesundheitszustand ein sehr bedenklicher sei. Gelegentlich sprengte Brühl auch das Gerücht aus, daß Frankreich und Preußen unausgesetzt daran arbeiteten, die Pforte zu einem Kriege wider Rußland zu veranlassen; und Elisabeth hatte es natürlich sehr übel vermerkt, als im Jahre 1750 eine Gesandtschaft des Khans der Krimm von Friedrich II empfangen ward. Dann wiederum wurde behauptet, daß der preußische König an eine Aenderung der Rußland sehr genehmen schwedischen Verfassung vom Jahre 1720 denke und selbst gegen das holsteinische Erbe des Großfürsten Peter sich mit verrätherischen Gedanken trage, indem er um ein Bündniß mit Dänemark werbe. Mit scharfem Blicke durchschaute Friedrich seit langer Zeit dieses Verfahren des sächsischen Hofes gegen ihn; schon im Mai 1747

schrieb er an seinen Gesandten in Dresden Klinggräff, er könne voraussagen, daß, wenn je ein offener Bruch zwischen seiner Regierung und dem russischen Hofe erfolge, er dieß vornehmlich der sächsischen Regierung verdanke. Doch hat er auch den Künsten des wiener Hofes ihr Verdienst in dieser Richtung nicht geschmälert *).

Solche Einflüsterungen, wenn auch bisweilen etwas plumper Natur, durften bei einer Fürstin von dem Charakter der Elisabeth ihres Zieles sicher sein; und so kann man sich nicht wundern, wenn es in einer Sitzung des großen Rathes zu Moskau im Mai 1753 als Fundamentalsatz der russischen Politik bezeichnet wurde, sich jeder weiteren Vergrößerung Preußens entgegenzustellen und das brandenburgische Haus, sobald sich Gelegenheit dazu biete, auf seinen früheren bescheidenen Bestand zurückzuführen; eine Entschließung, welche später, im October 1755, feierlich erneuert und dahin ausgedehnt wurde, daß Rußland nicht nur in dem Falle eines Angriffes der Preußen auf einen Verbündeten des russischen Staats, sondern auch wenn eine dieser Mächte ihrerseits gegen Preußen vorgehe, zum Kriege wider Friedrich II entschlossen sei.

Diesem Hasse der Kaiserin Elisabeth gegen Preußen haben nun, wie schon erwähnt ward, auch die Engländer Vorschub geleistet. Williams, der im Jahre 1755 als Vertreter des Hofes von St. James nach Petersburg gieng, empfieng die Weisung, die Russen davon zu überzeugen, daß sie stets eine asiatische Macht bleiben würden, wenn sie sich ruhig verhielten und dem Könige von Preußen die Gelegenheit ließen, seine ehrgeizigen und gefährlichen Vergrößerungspläne zur Ausführung zu bringen. Das übelste für England aber war dabei, daß sich Williams hinsichtlich der Neigungen am russischen Hofe in einer gewaltigen Täuschung befand. Als nämlich im September 1755 der schon erwähnte Subsidienvertrag Englands mit Rußland zu Stande gekommen war, da meinte der englische Gesandte in seiner Freude über das gelungene Werk, daß der russische Hof nunmehr den Interessen Englands völlig ergeben sei. Und so meldete er denn nach London, daß bei Elisabeth wie die Abneigung gegen Frankreich und Preußen so die Anhänglichkeit an den König von England und dessen Verbündete täglich

*) v. Raumer a. a. O. II 345 f.

wachse. Aber er hatte dabei nicht bemerkt, daß das scheinbare Interesse der Russen für England nur die Kehrseite der Abneigung wider Preußen war; und sofern England als Feind dieses Staates und als Verbündeter der in natürlichem Gegensatze zu Preußen stehenden österreichischen Macht erschien, war Georg II eine bei Rußland sehr beliebte Persönlichkeit. Im übrigen lag der Kaiserin Elisabeth England keineswegs sehr am Herzen. Dieß hat sich ganz deutlich im Jahre 1756 gezeigt. Denn während es dem Einflusse Oesterreichs gelang, den Widerwillen der Beherrscherin Rußlands gegen Frankreich zu überwinden *), hat England, weit davon entfernt, durch den Vertrag mit Preußen diese Macht mit Rußland auszusöhnen, nicht einmal die Zerstörung seiner eigenen Beziehungen zu Rußland abzuwenden vermocht.

Gegen den Ausgang des Jahres 1755, als sich der Vertrag von Westminster anbahnte, ward die Haltung, welche Williams in Petersburg hinsichtlich Preußens beobachtete, selbstverständlich eine merklich

*) Williams meldet freilich am 9. Juli 1756 (v. Raumer a. a. O. II 348), daß der Plan, mit Frankreich auf einen besseren Fuß zu treten, schon vor dem Abschluß des englisch-preußischen Vertrages in Petersburg vorhanden gewesen sei. An und für sich Bedenken erregend, indem Williams, da es ihm nicht gelungen war, die Kaiserin Elisabeth mit dem Vertrage von Westminster auszusöhnen, das Interesse haben mußte, die England sehr unliebsamen Folgen desselben hinsichtlich der Haltung Rußlands als auch ohnedieß eingetreten erscheinen zu lassen. Wie wenig Williams die Lage der Dinge durchschaute, zeigt u. a. einer seiner Berichte aus dem September 1756 (v. Raumer II 398), in welchem er behauptet, Rußland würde ohne das angriffsweise Vorgehen des Königs von Preußen neutral geblieben sein, während die früher von mir mitgetheilte Nachricht des in diese Verhältnisse eingeweihten sächsischen Gesandten in Wien gerade davon sprach, daß Oesterreich der Kaiserin von Rußland den ersten Schritt zu thun überlasse. Allein angenommen Williams habe mit der in seiner Depesche vom 9. Juli 1756 ausgesprochenen Meinung Recht, so wird es dennoch richtig bleiben, daß Rußland durch die Rücksicht auf Oesterreich zur Aussöhnung mit dem französischen Hofe veranlaßt worden ist, und nur das gefolgert werden müssen, was ja auch an und für sich wahrscheinlich ist, daß das wiener Cabinet schon früher den russischen Hof bis zu einem gewissen Punkte in seine Pläne hinsichtlich Frankreichs eingeweiht hatte und so bereits eine veränderte Stimmung in Petersburg vorhanden war, ehe durch den Vertrag mit Westminster ein offenes Kundgeben derselben möglich ward.

andere. Nunmehr erhielt er den Auftrag, bei der Kaiserin die Ueberzeugung hervorzurufen, daß man englischer Seits bei den Verhandlungen mit Rußland die Erhaltung des europäischen Friedens als vornehmlichsten Zweck im Auge gehabt habe. Wenn man ihnen gelegentlich eine Richtung gegen Preußen gegeben habe, so sei dieß bloß für den Fall geschehen, daß die Streitigkeiten mit England von jener Macht auf das äußerste getrieben würden; allein nun böte im Gegentheile die Weigerung Friedrichs, auf Frankreichs Entwürfe einzugehen, ein Mittel dar, den Frieden in Europa zu sichern. Deßhalb habe denn auch die englische Regierung den mit Rußland geschlossenen Vertrag mit dem Bemerken, derselbe sei in keinem Betrachte als eine Maßregel gegen Preußen anzusehen, zur Kenntniß des preußischen Königs gelangen lassen. Allein es war jetzt zu spät, um solchen Erwägungen bei der Kaiserin Eingang zu verschaffen; und als nun gar, kurze Zeit darauf, der Abschluß des Tractates von Westminster erfolgte, da verlor England vollends seine Stellung in Petersburg. Vergeblich bemühete man sich, den Vertrag mit Preußen im günstigsten Lichte erscheinen zu lassen; und daran mußte England um so mehr gelegen sein, als die Unterzeichnung des englisch-russischen Abkommens durch Elisabeth noch nicht geschehen war. Dieselbe ist allerdings erfolgt, aber mit einer Einschränkung, welche die ganze Bedeutung des Vertrages vernichtete. Seine Geltung wurde nämlich auf den Fall beschränkt, daß der König von Preußen die Staaten Englands oder eines seiner Bundesgenossen angreife. Und in diesem Sinne sprach man wiederholt in Petersburg von dem Subsidienvertrage, ignorirte also vollkommen, daß die Stellung Englands zu Preußen seit dem 16. Januar eine ganz andere geworden war. Hierin ist denn die mächtige Einwirkung der Gegner Preußens, vor allem Oesterreichs, zu erkennen. Eben damals erfolgte eine außerordentliche Sendung des wiener Hofes an die Kaiserin Elisabeth, und man gab sich alle Mühe, dieselbe nunmehr vollends gegen England einzunehmen. Namentlich machte man geltend, wie unverzeihlich rücksichtslos England gehandelt, indem es ohne Wissen des mit ihm verbündeten Rußland den Vertrag von Westminster abgeschlossen habe. Der englische Gesandte aber war noch immer von Vertrauensseligkeit erfüllt, meinte, daß Bestuschef, nicht minder der österreichische Gesandte, ihm völlig zugethan sei,

und daß England von Wien nichts ernstliches zu besorgen habe. Und über den außerordentlichen Botschafter Oesterreichs ließ sich Williams ebenfalls leicht beruhigen. So war er denn bald völlig im unklaren über die wahre Stimmung am russischen Hofe. Natürlich konnte es unter diesen Umständen nach einiger Zeit auch nicht ausbleiben, daß seine Berichte sich nicht mehr mit den Schritten im Einklange befanden, welche Gallitzin in London im Auftrage seiner Regierung that. Namentlich waren die englischen Minister erstaunt, als dieser damit hervortrat, bezüglich des Vertrages von Westminster das Recht des englischen Königs zu irgend welchen Verhandlungen mit Preußen ohne vorherige Uebereinkunft mit dem verbündeten Rußland zu bestreiten.

Diese Beschwerde des russischen Hofes bei dem englischen Cabinet hatte Ende März statt, und schon im April ist Elisabeth ganz auf die österreichischen Angriffspläne wider Preußen eingegangen. Dafür ist eine neuerdings bekannt gewordenen Mittheilung über einen Bericht des Grafen Esterhazy beweisend; dieselbe lautet dahin: „Die letzten Depeschen des Grafen Esterhazy sind vom 22. April 1756. — Sie enthalten zuvörderst einen offensiven Plan gegen Preußen, darin bestehend: daß uns Schlesien und Glatz zurückkomme, das Königreich Preußen an die Republik Polen, dafür aber Kurland und Semigallien, nebst einem Arrondissement, an Rußland getheilt werden solle. — Nach angefangenen Operationen wäre Sachsen und Schweden zu invitiren und ersterem Magdeburg und letzterem brandenburgisch Pommern zu versichern. — Man will schon im August zu operiren anfangen, verlanget, sich wegen des Planes mit uns zu concertiren, communiciret den statum und die position der Kriegsmacht, und verlanget die nemliche getreue Mittheilung von uns" **). Solche Eröffnungen der Russen fielen in Wien auf den fruchtbarsten Boden; man gieng selbstverständlich ganz auf die russischen Gedanken ein und suchte das Verhältniß zu Rußland auch zu einer Pression auf Frankreich im Interesse der Angriffspläne zu benutzen. Sehr bedeutsam für die Beurtheilung der damaligen österreichischen Politik ist die Instruction, welche dem Grafen Esterhazy

*) v. Raumer a. a. O. II 316.

**) Vrgl. „Einige neue Actenstücke ꝛc." S. 35 f.

unter dem 22. Mai 1756 von Wien aus gegeben worden ist, und die ich deßhalb hier mittheile *): „Rußland könne versichert sein, daß wir alles mögliche thun würden, um die große Idee auszuführen; daß nicht nur die aufrichtigste Freundschaft, sondern das wesentliche Staatsintéret uns dazu antriebe, die russische Absicht, eben so sehr als die unsrige, zu befördern und mit einander zu verbinden; daß alles, was zu des Königs in Preußen mehrerer Schwächung gereichen kann, vollkommen mit unserm Plane übereinstimme; daß wir hierzu mit Freude die Hände bieten werden; daß aber der ganze Vorschlag in der execution ohne vorgängiger Einstimmung des französischen Hofes allzu gefährlich, ja unmöglich sei, da sonst nicht nur dieser Hof, sondern auch England und andere Mächte, dem Könige in Preußen kräftigst Beistand leisten, und das Unternehmen unfehlbar zu unserm und Rußlands Schaden ausschlagen, alsdann aber die Sache auch für die künftige Zeit verdorben sein würde. Hieraus erwachset nun die natürliche Folge, daß der russische Hof nicht nur uns, sondern sich selbst einen großen Dienst leisten, und der Hauptabsicht einen erwünschten Vorschub geben würde, wenn er bei Gelegenheit des Défensif-Tractats und der vom Grafen Esterhazy im Namen des Königs in Frankreich zu machenden Aeußerung, die Erklärung und Antwort so einrichtete, daß er zwar zu vollständiger Aussöhnung und Herstellung der Correspondenz mit Frankreich ganz geneigt, jedoch nur alsdann hierzu erbötig sei, falls dieser Hof in die große Absicht eingehen, und andurch den rechten Grund zu einem wahren Vertrauen und Einverständniß legen sollte. Solchergestalt bliebe demnach die Gelegenheit offen, sich nach eignem Gutbefinden dem französischen Hofe mehr oder weniger zu nähern, und dieser würde durch die russische Aeußerung nicht wenig angetrieben, in die große Absicht sich willfähriger zu erzeigen, und nicht weiters so viele Rücksicht für den König in Preußen zu tragen; als welche hauptsächlich an dem bisherigen Verzug Ursach' ist, und auch künftighin sein dürfte. Hierbei schmerzt uns der Zeitverlust am meisten, und wir erkennen gar wohl,

*) Zuerst bekannt geworden in den wiederholt erwähnten „neuen Actenstücken“ S. 37 ff.

wie viel an der baldigen und geschwinden Ausführung gelegen sei, damit allen nicht vorherzusehenden Zufällen vorgekommen, und dem Könige in Preußen, wie auch der Krone England, die Gelegenheit benommen werde, sich in rechte Gegenverfassung zu setzen. Allein wenn auch unsere dermalige und in der größten crisi stehende negociation noch so glücklich geht, so kann doch solche allem Ansehen nach vor etlichen Monaten nicht zum Schlusse gelangen, und alsdann wäre die Zeit allzusehr verstrichen, als daß noch in diesem Jahre die Armee zusammen gezogen, in Marsch gesetzet, und die Operationen zu gleicher Zeit angefangen werden könnten, daß also diese bis in das künftige Frühjahr ausgesetzt bleiben müßten. Inzwischen würde alles darauf ankommen, das Spiel recht zu verdecken, und den Verdacht, welchen England und Preußen schon gehegt haben, auf die thunlichste Art zu verhindern, folglich unser Vorhaben bis zum wirklichen Ausbruch geheim zu halten. Hierzu kann nun der russische Hof durch sein vorsichtiges Betragen und Aeußerung um so mehreren Vorschub geben, da auf denselben England und Preußen hauptsächlich Achtung gibt, und von uns beiden nichts Widriges vermuthen, so lange die russisch Kaiserlichen keine determinirte Entschließung merken lassen."

Faßt man nun diese österreichisch-russischen Verhandlungen in das Auge und andererseits die obenerwähnten Vereinbarungen zwischen Versailles und Wien, so wird man doch wohl nicht länger leugnen können, daß die gefahrdrohendsten Angriffspläne über Friedrichs II Haupt schwebten und es keines Anstoßes von seiner Seite mehr bedurfte, damit die verbündeten Mächte über ihn hereinbrachen! Dieß war fast beschlossene Sache, und die Ausführung des Vorhabens konnte nur noch als eine Zeitfrage betrachtet werden. Von diesen Dingen hat Friedrich wenn auch nicht ihrem ganzen Umfange nach notorisch Kunde gehabt; das fehlende aber vermochte sein scharfer Geist leicht zu ergänzen. Und solche urkundlich bezeugten Vorgänge sollten doch endlich, so scheint es, mißbilligende Urtheile darüber, daß Friedrich den ersten Schritt zur Eröffnung der Feindseligkeiten gethan hat, verstummen lassen. Denn was hätte ihn wohl noch davon abhalten sollen, den Spieß umzukehren und den Vortheil, welchen bei raschem Angriffe sein militärisch und finanziell wohl ausgerüstetes Preußen gewähren konnte, zu benutzen? Friedrich hat auch seine Gegner wirklich noch unvor-

bereitet gefunden, obgleich der bevorstehende Krieg schon über Jahr und Tag in der österreichischen Armee kein „Geheimniß mehr war" *).

Und so darf es als ein bloßes Spiel des Geschickes bezeichnet werden, daß demjenigen, welcher am Ende des Krieges der Wahrheit getreu von sich sagen konnte: „ich bin glücklich, de trouver la fin d'une mauvaise pièce dont j'ai été acteur malgré moi **)", die Rolle des Angreifers zugefallen ist. Der nun beginnende Kampf aber hat in seinem Verlaufe jede Vorausberechnung zu Schanden gemacht. Trotz aller Anstrengungen Oesterreichs ist Preußen ungeschmälert aus demselben hervorgegangen und hat damit seine natürliche Lebensfähigkeit auf das glänzendste bewährt. Aber eben diese innere Kraft des preußischen Staates ist es, welche unaufhörlich für viele den Stein des Anstoßes bildet, und die man, da sie zu leugnen unmöglich, wenigstens als eine solche zu charakterisiren strebt, die sich lediglich auf dem Grunde einer treulosen und verrätherischen Herrschbegierde auferbaut habe.

*) Geständnisse eines östreichischen Veterans II 190.

**) Brief Friedrichs an Marischal vom 28. Januar 1763. (Oeuvres XX 291.)